

ESV



Fachberater-Handbücher

Herausgegeben vom
Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI)

Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)

Von

Prof. Rolf Rattunde

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht
in Berlin, Insolvenzverwalter, Honorarprofessor an der Hochschule
für Technik und Wirtschaft, Berlin

unter Mitarbeit von

Katrin Amberger, Rechtsanwältin und Zwangsverwalterin in Berlin,

Stephanie Bschorr, Rechtsanwältin und Steuerberaterin in Berlin,

Marc Fritze, M. A., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Berlin,
Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter der Universität Heidelberg,

Dr. Peter Gramsch, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Kiel,

Alexandra Hermanns, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Insolvenzrecht
in Berlin, Insolvenzverwalterin,

Jan Kallies, Rechtsanwalt und Notar in Berlin,

Martin Lambrecht, Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt, Rechtsanwalt in Düsseldorf,
Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter für Insolvenzrecht der Hagen Law School,

Olga Lindner, Rechtsanwältin in Berlin,

Torsten Martini, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Berlin,
Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter der Hochschule
für Wirtschaft und Recht Berlin und der Hagen Law School,

Prof. Dr. Frank Reinhardt, Steuerberater und vereidigter Buchprüfer
in Isernhagen,

Valentin Schmid, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Berlin,

Prof. Dr. Stefan Smid, Universitätsprofessor in Kiel,

Dirk Streuber, Rechtsanwalt in Halle/Saale,

Dr. Silke Wehdeking, Insolvenzverwalterin in Kiel,

Thomas Witt, Rechtsanwalt in Berlin

mit Beiträgen von

Prof. Dr. Axel Pestke, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V., Berlin

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 12968 3](http://ESV.info/978_3_503_12968_3)

ISBN 978 3 503 12968 3
ISSN 1868-4041

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Gesetzt aus der Candida 9/11.

Satz: multitext, Berlin
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Das Berufsbild des Steuerberaters ist in den vergangenen Jahren zunehmend vielschichtiger und komplexer geworden. Weit mehr als die klassische Beratung in steuerlichen Angelegenheiten fragen die Mandanten heute nach. Dabei treten Steuerberater auch in den Wettbewerb mit anderen Berufsgruppen. Die Spezialisierung als Fachberater ist hier eine intelligente Strategie, um sich mit klarem Profil am Markt zu positionieren.

Die berufsständischen Organisationen Bundessteuerberaterkammer (BStBK) und Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV) haben deshalb Konzepte entwickelt, die es Kollegen erleichtern, zu einer ausgewiesenen Spezialisierung zu gelangen. Dabei sind die zwei Organisationen arbeitsteilig vorgegangen: Die BStBK hat sich des Bereichs der Vorbehaltsaufgaben und der DStV des Bereichs der so genannten vereinbarten Leistungen angenommen. Maßstab und Orientierung für die Fachberaterkonzepte waren und sind die bewährten Fachanwaltschaften der Rechtsanwälte.

Zu den am stärksten nachgefragten Spezialisierungen aus dem Bereich der vereinbarten Leistungen gehört der „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“. Der DStV verfolgt mit dieser Spezialisierung sehr erfolgreich das Ziel, insbesondere die betriebswirtschaftliche Kompetenz des Steuerberaters stärker in den Dienst insolvenzgefährdeter Unternehmen zu stellen. Ein wesentlicher Bestandteil der Beratung ist dabei insbesondere der Bereich der Sanierungsberatung. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sehen die Fachberaterrichtlinien des Verbandes zu dieser Spezialisierung auch profunde juristische Kenntnisse, insbesondere im Bereich des materiellen Insolvenzrechts und des Insolvenzverfahrensrechts, vor.

Die Ergebnisse einer aktuellen DStV-Umfrage unter den bislang über 900 anerkannten Fachberatern (DStV e.V.) ergaben für das Fachberaterkonzept des DStV hervorragende Noten. Für mehr als die Hälfte der Befragten, die ihre Anerkennung in den vergangenen drei Jahren erhielten, haben sich die Erwartungen an den Fachberater (DStV e.V.) u. a. hinsichtlich der Mandantenzahlen und Kanzleiumsätze bereits heute erfüllt. 74 % der Befragten würden ihren Kolleginnen und Kollegen den Erwerb der Zusatzqualifikation zum Fachberater (DStV e.V.) empfehlen.

Der DStV sieht sich damit in seiner bisherigen Arbeit bestätigt und wird auch weiter bestrebt sein, das Fachberaterkonzept weiterzuentwickeln und an die Bedürfnisse und Erwartungen der Berufsangehörigen anzupassen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die vom Fachinstitut des DStV, dem Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI), herausgegebene Schriftenreihe „Fachberater-Handbücher“. Die von renommierten Autoren verfassten Bände dieser Schriftenreihe bieten dem Fachberater maßgeschneiderte Unterstützung bei allen Praxisfragen im Rahmen seiner jeweiligen Spezialisierung. Fachanwälten stehen traditionell spezialisierte Fachanwalts-Handbücher zur Verfügung. Auch Fachberater können nun auf adäquate Literatur speziell für ihre Belange zugreifen. Damit wird eine bestehende Lücke in der Fachliteratur geschlossen. Ich bin überzeugt, dass diese Schriftenreihe einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Tätigkeit als Fachberater und somit für die Entwicklung der Fachberaterkonzepte insgesamt leisten wird.

Berlin, im März 2011

StB/WP Dipl.-Kfm. Hans-Christoph Seewald
Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes

Vorwort

Nach zahlreichen spektakulären Großinsolvenzen der letzten Jahre (Arcandor, Märklin, Schiesser) oder Beinahe-Zusammenbrüchen (Merckle, Schaeffler, Opel) begann Anfang des Jahres 2010 in der Fachöffentlichkeit eine Diskussion darüber, inwieweit das geltende deutsche Insolvenzrecht, gleichwohl erst seit rund einer Dekade in Kraft, die in es gesetzte Hoffnung, Unternehmenssanierungen gegenüber der Rechtslage nach Konkursordnung wesentlich zu erleichtern, erreicht hat oder ob es einem Reorganisationsverfahren weichen, zumindest aber in wesentlichen Punkten geändert werden sollte. Die bisherigen Erfahrungen mit der Insolvenzordnung haben gezeigt, dass das geltende Recht der frühzeitigen Sanierung insolvenzbedrohter Unternehmen zahlreiche Hindernisse in den Weg legt. Dies war der Grund dafür, dass in der Vergangenheit einige Unternehmen ihren Sitz nach Großbritannien verlegt haben, da sie sich von der Anwendung des dortigen Rechts Vorteile im Hinblick auf ihre Sanierung versprochen. Gleichwohl diese Entwicklung dem deutschen Insolvenzrecht nicht, wie zunächst befürchtet, den Todesstoß versetzte, war es richtig, dass der Ende Juni 2010 vorgelegte Diskussionsentwurf des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) diese Diskussion aufgriff und zahlreiche Änderungen der Insolvenzordnung vorschlug. Nach dessen Diskussion innerhalb der fachkundigen Kreise, insbesondere der Interessenvertretungen der Insolvenzverwalter und Rechtsanwälte, lag seit dem 25.01.2011 ein Referentenentwurf vor, der zahlreiche in der Praxis erkannte Mängel des geltenden Rechts beheben soll. Auf diesem basiert ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 04.03.2011 (BR-Drucks. 127/11), sodass sich das ESUG nunmehr im Gesetzgebungsverfahren befindet. Die zeitweise diskutierte Herausnahme des Rechts der Unternehmensreorganisation aus der Insolvenzordnung dürfte damit vom Tisch sein. Sie wäre einem Aderlass gleichgekommen. Der Entwurf geht stattdessen den behutsamen Weg der Anpassung des geltenden Rechts. Dies ist zu begrüßen, wäre doch ansonsten die Insolvenzordnung als Nachfolgeregelung der als Perle der Reichsjustizgesetze gerühmten Konkursordnung nach einer über 20jährigen Vorbereitungszeit (bereits im Jahre 1978 wurde durch den damaligen Bundesminister der Justiz eine Sachverständigenkommission zur Reform des Insolvenzrechts eingesetzt) innerhalb weniger Jahre zum Torso für reine Liquidationsfälle verkommen. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass das ESUG Anfang 2012 in Kraft tritt.

Bereits der auch zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Insolvenzordnung umgangssprachlich immer noch gebräuchliche Begriff des Konkurses (von lat. *concurus*: der Zusammenlauf, nämlich der Gläubiger zwecks Vermögensverteilung) implizierte im Rahmen der alten Rechtslage die wesentliche Bedeutung des Konkursverfahrens als Verfahren der Vermögensversilberung durch Gesamtvollstreckung in das schuldnerische Vermögen zwecks anteiliger Gläubigerbefriedigung.

Der mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung beabsichtigte Paradigmenwechsel hin zu einem Gesamtvollstreckungsverfahren, das nicht zwangsläufig zur volkswirtschaftlich schädlichen Zerschlagung des Unternehmens führt, sondern als gleichwertige Alternative die anteilige Gläubigerbefriedigung auch aus künftigen Erlösen des Unternehmens und damit den Unternehmenserhalt zulässt, findet bereits im Begriff der Insolvenz (von lat. *insolvens*, nicht einlösend, nämlich den Schuldschein) Ausdruck. Die wirtschaftliche Situation des Schuldners wird beim Namen genannt ohne vorzugeben, dass diese zwangsläufig durch eine Vernichtung seiner Unternehmung gelöst werden muss.

Wenn damit aber gleichzeitig feststeht, dass das notleidende Unternehmen als solches mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht zwangsläufig aufhören muss zu existieren, so eröffnet dies dem Steuerberater neben der laufenden steuerlichen Beratung des wirtschaftlich „gesunden“ Mandanten ein weiteres Geschäftsfeld: die Begleitung der Restrukturierung seines Mandanten im Insolvenzverfahren, eine vereinbarte Tätigkeit im Sinne des § 57 Abs. 3 StBerG. Gerecht werden kann er dieser Aufgabe nur, wenn er über ein profundes Wissen im Insolvenzrecht verfügt. Er gerät ansonsten gegenüber dem gerichtlich bestellten Insolvenzverwalter notwendigerweise ins Hintertreffen und unter Umständen gleichwegs in die Haftungsfalle.

Die Fachberaterrichtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes sehen daher für den Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e. V.) besondere theoretische Kenntnisse im Bereich des materiellen Insolvenzrechts, des Insolvenzverfahrensrechts und der betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Sanierungs- und Insolvenzverwaltungstätigkeit vor.

Der Bereich des materiellen Rechts umfasst z. B. die Insolvenzgründe, die Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Stellung und Aufgabe des (vorläufigen) Insolvenzverwalters und Fragen der Aus- und Absonderung sowie die Aufrechnung im Insolvenzverfahren.

Das Insolvenzverfahrensrecht umfasst Fragen des Insolvenzeröffnungsverfahrens, des eröffneten Insolvenzverfahrens, die Besonderheiten der Planinsolvenz und schließlich die Besonderheiten des Verbraucherinsolvenzverfahrens und der Sonderinsolvenzen, z. B. über den Nachlass.

Zu den betriebswirtschaftlichen Grundlagen gehören Voraussetzungen und Wirkungen der Unternehmenszerschlagung, der übertragenden Sanierung und schließlich – als Königsdisziplin – der Unternehmensreorganisation durch Insolvenzplan.

Beherrscht der Steuerberater all dies, befähigt ihn dies darüber hinaus nicht nur zu einer qualifizierten Beratung seines Mandanten in der Unternehmenskrise mit dem Ziel der Insolvenzvermeidung. Er erfüllt damit auch die fachlichen Anforderungen, die der Gesetzgeber der Insolvenzordnung in § 56 Abs. 1 InsO an die Person des Insolvenzverwalters stellt, das dritte mögliche Betätigungsfeld des Steuerberaters in der Unternehmenskrise.

Das aus mehr als 15 Fachleuten bestehende Autorenteam, unter ihnen Insolvenzverwalter, Hochschulprofessoren, Fachanwälte für Insolvenz- und Steuerrecht, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Dipl.-Kaufleute und Dipl.-Volkswirte behandelt in diesem Werk aber nicht nur den Pflichtinhalt nach den Richtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes, sondern stellt auch die Bezüge zu anderen Rechtsgebieten her, die üblicherweise in Insolvenzen eine Rolle spielen. Dies sind namentlich das Arbeits- und Sozialrecht, das Gesellschaftsrecht und das Insolvenzstrafrecht.

Die Autoren der Teilbereiche sind jeweils ausgewiesene Experten des durch sie verantworteten Bereichs. Insgesamt soll das Werk einen umfassenden Überblick über alle Teilaspekte des Insolvenzrechts bieten und die Einarbeitung in die Materie durch Beispiele und Übersichten erleichtern. Rechtsprechung und Literatur sind einschließlich November 2010 berücksichtigt.

In welcher Form und wann das geltende Recht durch das ESUG geändert wird, steht nicht fest. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass Anfang 2012 jedenfalls die wesentlichen im Entwurf vorgesehenen Änderungen mit mehr oder minder großen Abweichungen in Kraft treten: das ein Schattendasein führende Recht der Eigenverwaltung wird gestärkt, die Regelungen über den Insolvenzplan sollen grundlegend überarbeitet werden (Beschränkung der Rechtsmittel, Eingriff in Gesellschafterrechte, Zulassung des debt equity swap). Die Gläubigerautonomie soll insbesondere in Bezug auf die Person des zu bestellenden Insolvenzverwalters erheblich gestärkt werden. Dieses Werk geht von der geltenden Rechtslage aus, verweist aber im Text auf die vorgesehenen Änderungen.

Mein Dank gilt meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Katharina Wagne-ner, Bedia Bulut und Franziska Schmidt für die Durchsicht der Manuskripte.

Besonderer Dank gebührt dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V., Herrn Prof. Dr. Pestke, der für das Kapitel über die berufs- und haftungsrechtlichen Besonderheiten verantwortlich zeichnet.

Last but not least danke ich dem Erich Schmidt Verlag und hier insbesondere der Verlagsleiterin Steuern, Frau Dr. Claudia Teuchert-Pankatz, für die Begleitung des Werks bis hin zu seinem Erscheinen. Ohne ihren fortwährenden Einsatz, ihre Unterstützung und ihre Geduld mit dem Herausgeber und den Autoren wäre das Erscheinen dieses Werks unmöglich gewesen.

Berlin, im März 2011

Prof. Rolf Rattunde

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Autoren	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Abbildungsverzeichnis	LXVII

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke)

1

Teil 1

Unternehmenskrise

und außergerichtliche Sanierung

9

Kapitel 1 Unternehmenskrise <i>(Reinhardt)</i>	11
Kapitel 2 Krisenbewältigung <i>(Lambrecht)</i>	48
Kapitel 3 Krisenbewältigung – Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung <i>(Lambrecht)</i>	73
Kapitel 4 Das Sanierungskonzept nach IDW S 6	111

Teil 2

Materielles Insolvenzrecht

117

Kapitel 1 Insolvenzgründe <i>(Schmid)</i>	119
Kapitel 2 Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters <i>(Hermanns/Wagener)</i>	167
Kapitel 3 Das Amt des Insolvenzverwalters <i>(Smid/Streuber)</i>	176
Kapitel 4 Sicherung und Verwaltung der Masse <i>(Smid/Streuber)</i>	217
Kapitel 5 Aussonderung <i>(Smid/Gramsche)</i>	245
Kapitel 6 Absonderung <i>(Smid/Gramsche)</i>	257
Kapitel 7 Aufrechnung <i>(Smid/Gramsche)</i>	284
Kapitel 8 Abwicklung von Vertragsverhältnissen <i>(Smid/Gramsche)</i>	292
Kapitel 9 Verwertung und Verteilung der Masse <i>(Smid)</i>	328
Kapitel 10 Insolvenzgläubiger <i>(Streuber)</i>	337
Kapitel 11 Insolvenzanfechtung <i>(Smid/Gramsche)</i>	368

Teil 3		
Insolvenzverfahrensrecht		437
Kapitel 1	Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Martini</i>)	439
Kapitel 2	Regelinsolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	456
Kapitel 3	Insolvenzplanverfahren (<i>Fritze</i>)	486
Kapitel 4	Vereinfachtes Insolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	514
Kapitel 5	Restschuldbefreiung der natürlichen Person (<i>Martini</i>)	537
Kapitel 6	Eigenverwaltung (<i>Wehdeking</i>)	544
Kapitel 7	Sonderinsolvenzen (<i>Hermanns</i>)	592
Teil 4		
Rechnungslegung in der Insolvenz		605
Kapitel 1	Interne Rechnungslegung (<i>Amberger</i>)	607
Kapitel 2	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (<i>Schmid</i>)	615
Teil 5		
Steuern in Sanierung und Insolvenz		643
Kapitel 1	Verfahrensfragen (<i>Bschorr</i>)	645
Kapitel 2	Umsatzsteuer (<i>Bschorr</i>)	685
Kapitel 3	Ertragsteuern (<i>Schmid</i>)	711
Teil 6		
Gesetzesübergreifende Bezüge		809
Kapitel 1	Arbeits- und Sozialrecht (<i>Witt</i>)	811
Kapitel 2	Gesellschaftsrecht (<i>Amberger</i>)	892
Kapitel 3	Strafrecht und Strafverfahrensrecht (<i>Martini</i>)	970
Teil 7		
Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten (<i>Schmid</i>)		1009
Teil 8		
Sonderaspekte		1027
Kapitel 1	Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren (<i>Kallies</i>)	1029
Kapitel 2	Grundzüge des internationalen Insolvenzrechts (<i>Lindner</i>) . . .	1055
Teil 9		
Der Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.) – berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte (<i>Pestke</i>)		1071
Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2		1101
Literaturverzeichnis		1111
Stichwortverzeichnis		1123

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der Autoren	LV
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Abbildungsverzeichnis	LXVII

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke)

1

1.	<i>Motive und Hintergrund</i>	1
2.	<i>Anforderungen an die DStV-Fachberater (allgemein)</i>	2
2.1	Theoretische Kenntnisse	2
2.1.1	Lehrgang	2
2.1.2	Klausuren	3
2.2	Praktische Erfahrungen	3
2.3	Verfahren zur Verleihung von Fachberaterbezeichnungen (DStV e. V.)	4
2.3.1	Zuständigkeiten	4
2.3.2	Anträge	4
2.3.3	Durchführung von Fachgesprächen	4
2.3.4	Kontinuierliche Fortbildung und Erlöschen der Befugnis zum Führen der Bezeichnung	5
3.	<i>Anerkennung der DStV-Fachberater durch die Recht- sprechung</i>	5
4.	<i>Zahlenmäßige Entwicklung und Ausblick</i>	7

Teil 1

Unternehmenskrise und außergerichtliche Sanierung

9

Kapitel 1	Unternehmenskrise (Reinhardt)	11
1.	<i>Der Steuerberater als Berater in der Unternehmenskrise</i>	11

1.1	Krisenberatung als Teil der betriebswirtschaftlichen Beratung	11
1.2	Anforderungen an Steuerberater in der Krisenberatung	12
2.	<i>Der Krisenbegriff</i>	13
2.1	Der Krisenbegriff aus betriebswirtschaftlicher Sicht	13
2.2	Der Krisenbegriff aus rechtlicher Sicht	14
3.	<i>Bedeutung der Krisenberatung für die Steuerberatungspraxis</i>	15
3.1	Bedeutung vor dem Hintergrund der Insolvenzstatistik	15
3.2	„Normalität“ krisenhafter Entwicklungen in Unternehmen . .	18
3.3	Hinweis- und Aufklärungspflichten in der Unternehmenskrise	20
4.	<i>Typologie der Unternehmenskrise</i>	24
4.1	Verlauf und Wahrnehmung einer Unternehmenskrise	24
4.2	Ursachen einer Unternehmenskrise	30
5.	<i>Krisenfrüherkennung im Umfeld der Steuerberatung</i>	34
5.1	Generelle Bedeutung der Krisenfrüherkennung	34
5.2	Möglichkeiten zur Krisenfrüherkennung durch Steuerberater	39
5.3	Krisenfrüherkennung durch Kredit- und Finanzierungsinstitute	44
Kapitel 2	Krisenbewältigung (Lambrecht)	48
1.	<i>Außergerichtliche Sanierung</i>	48
1.1	Sanierungsfähigkeit	49
1.2	Vor- und Nachteile einer außergerichtlichen Sanierung	50
1.3	Ablauf der Sanierung	53
1.3.1	Lagefeststellung und Lagebeurteilung	53
1.3.1.1	Schaffung einer Datenbasis und Plausibilisierung der Zahlen	53
1.3.1.2	Finanzwirtschaftliche Analyse	54
1.3.1.3	Erfolgswirtschaftliche Analyse	57
1.3.1.4	Branchenvergleich	58
1.3.1.5	Mitarbeiterbefragungen	58
1.3.1.6	SWOT-Analyse	59
1.3.1.7	Portfolio-Analyse	60
1.3.1.8	Szenariotechnik	61
1.3.1.9	Zero-Base-Budgeting	62
1.3.1.10	Analyse des Unternehmensumfeldes	63
1.3.2	Planung und Entschluss	63
1.3.2.1	Sicherung der Liquidität	64
1.3.2.2	Stabilisierung und Verbesserung der Ergebnissituation	70
1.3.2.3	Beseitigung der Produkt- und Absatzkrise, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit	70
1.3.3	Handlungsanweisungen	71
1.3.4	Kontrolle	72
1.4	Kommunikation in der Krise	72

Kapitel 3	Krisenbewältigung – Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung (Lambrecht)	73
1.	Vorbemerkung	73
2.	Leistungswirtschaftliche Maßnahmen	74
2.1	Management	75
2.1.1	Personelle Veränderungen im Management	75
2.1.2	Strukturelle und operative Veränderungen im Management	76
2.1.3	Neue Organisationsstruktur des Unternehmens	77
2.2	Kosten	77
2.2.1	Einkauf, Materialwirtschaft	78
2.2.1.1	Einkaufspreis	78
2.2.1.2	Auswahl des richtigen Lieferanten	79
2.2.1.3	Normierung der Produkte	79
2.2.1.4	Just-in-Time/Verringerung der Lagerbestände	80
2.2.2	Prozesse	80
2.2.2.1	Prozessorganisation	81
2.2.2.2	Zeitmanagement	82
2.2.2.3	„Lean Management“	82
2.2.3	Qualitätskosten	83
2.2.4	Vertrieb	83
2.2.5	Outsourcing	84
2.2.6	Ergänzende Ausführungen zum Problem der Fixkosten	86
2.3	Arbeitnehmer	86
2.3.1	Personalstruktur	87
2.3.2	Effizienzsteigerung beim Personal	87
2.3.3	Personalabbau	88
2.3.4	Kosten des Personalabbaus	90
2.4	Produkt	91
2.4.1	Image als Mehrwert	91
2.4.2	Produktstückkosten	91
2.4.3	Deckungsbeitragsrechnung	92
2.5	Kunden	94
2.6	Umsatz	95
2.6.1	Sortimentsausweitung	96
2.6.2	Preiserhöhung oder Preissenkung?	96
3.	Finanzwirtschaftliche Maßnahmen	96
3.1	Analyse der Finanzsituation	97
3.2	Sanierungsbeiträge einzelner Beteiligter	98
3.2.1	Anteilseigner	98
3.2.2	Banken	99
3.2.3	Lieferanten	100
3.2.4	Finanzverwaltung	102
3.2.5	Kunden	102
3.3	Finanzierung in der Krise	102
3.3.1	Eigenkapital	103
3.3.1.1	Kapitalherabsetzung	103
3.3.1.2	Kapitalerhöhung	104
3.3.1.3	Debt-Equity-Swap	105
3.3.2	Mezzanine-Kapital	105

3.3.3	Fremdkapital	106
3.3.3.1	Neufinanzierung	107
3.3.3.2	Besicherung von Krediten	107
3.3.4	Liquidation von Vermögenswerten	108
4.	<i>Strategische Maßnahmen</i>	109
5.	<i>Übertragung auf eine Auffanggesellschaft</i>	109
Kapitel 4	Das Sanierungskonzept nach IDW S 6 (Lambrecht)	111
1.	<i>Inhalt</i>	111
2.	<i>Auswirkungen auf die Praxis</i>	114
3.	<i>Kritik</i>	115
Teil 2		
Materielles Insolvenzrecht		117
Kapitel 1	Insolvenzgründe (Schmid)	119
1.	<i>Einführung</i>	119
2.	<i>Zahlungsunfähigkeit</i>	120
2.1	Gesetzliche Definition	120
2.2	Zahlungseinstellung als widerlegbare Vermutung für Zahlungsunfähigkeit	121
2.3	Einzelne Merkmale der Zahlungsunfähigkeit	122
2.3.1	Dauer der Zahlungsunfähigkeit – Abgrenzung zur Zahlungsstockung	122
2.3.2	Größe der relevanten Liquiditätslücke	123
2.4	Konkrete Prüfung der Zahlungsunfähigkeit	126
2.4.1	Ermittlung durch Liquiditätsbilanz und Liquiditätsplan	127
2.4.2	Aufstellung der Liquiditätsbilanz	127
2.4.2.1	Zu berücksichtigende liquide Mittel	127
2.4.2.2	In der Liquiditätsbilanz zu berücksichtigende Zahlungsverpflichtungen	128
2.4.2.3	Verbundene Unternehmen und Cashpooling	131
2.4.2.3.1	Beherrschte und beherrschende Unternehmen	131
2.4.2.3.2	Cashpooling	132
2.4.2.4	Ableitung des Finanzplanes	132
2.4.3	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungs- prozess	133
3.	<i>Überschuldung</i>	135
3.1	Übersicht	135
3.2	Historie	135
3.3	Von der Unterbilanz zur insolvenzrechtlichen Überschuldung	136
3.3.1	Unterbilanz	136
3.3.2	(Handels-)bilanzielle Überschuldung	137
3.3.3	Rechnerische Überschuldung	138
3.3.4	Rechtliche Überschuldung	138
3.4	Methoden zur Feststellung einer rechtlichen Überschuldung	138
3.4.1	Die Zeit vom 17. 10. 2008 bis 31. 12. 2013	138

3.4.2	Funktionsweise der modifizierten oder „neuen zwei- stufigen“ Methode	139
3.4.3	„Alternativer“ zweistufiger Überschuldungsbegriff	140
3.4.4	Erstellung der Fortführungsprognose	141
3.4.5	Geschäftsleiterpflichten im Rahmen der Überschuldungs- prüfung	143
3.4.6	Ansatz und Bewertung in der Überschuldungsbilanz	144
3.4.6.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze	145
3.4.6.2	Ansatz und Bewertung von Aktivposten im Über- schuldungsstatus	147
3.4.6.3	Ansatz und Bewertung von Passivposten in der Überschuldungsbilanz	154
3.4.7	Stichtag und Gliederung	162
4.	<i>Drohende Zahlungsunfähigkeit</i>	163
4.1	Übersicht	163
4.2	Zielsetzung	163
4.3	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	164
4.3.1	Prognosezeitraum	164
4.3.2	Wahrscheinlichkeitsmaßstab	165
4.3.3	Einzubeziehende Zahlungsverpflichtungen	165
4.4	Abgrenzung zur Überschuldung	166
Kapitel 2	Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters	
	<i>(Hermanns/Wagener)</i>	167
1.	<i>Allgemeines</i>	167
1.1	Normzweck	167
1.2	Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	167
1.3	Aufsicht durch das Insolvenzgericht	168
1.4	Zwangsbefugnisse	168
1.5	Beendigung der vorläufigen Verwaltung	169
1.6	Haftung	170
1.7	Vergütung	171
1.8	Rechnungslegung	171
1.9	Steuerrechtliche Pflichten	171
2.	<i>Der vorläufige Verwalter ohne Verwaltungs- und</i> <i>Verfügungsbefugnis</i>	172
2.1	Allgemeines	172
2.2	Zustimmungsvorbehalt	173
2.3	Begründung von Masseverbindlichkeiten	173
2.4	Bestimmung der Rechte und Pflichten im Einzelfall	173
3.	<i>Der vorläufige Verwalter mit Verwaltungs- und</i> <i>Verfügungsbefugnis</i>	174
3.1	Allgemeines	174
3.2	Betriebsfortführung	175
Kapitel 3	Das Amt des Insolvenzverwalters (Smid/Streuber)	176
1.	<i>Amt und Beruf</i>	176
1.1	Amt	176
1.2	Beruf	178
2.	<i>Voraussetzungen des Amtes</i>	182

3.	<i>Auswahlentscheidung des Insolvenzgerichts</i>	186
4.	<i>Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung</i>	191
5.	<i>Aufgaben und Pflichten</i>	193
6.	<i>Sonderverwalter</i>	199
7.	<i>Aufsicht über den Insolvenzverwalter</i>	202
8.	<i>Entlassung des Insolvenzverwalters und Beendigung des Amtes</i>	204
9.	<i>Haftung des Insolvenzverwalters</i>	206
9.1	Haftung gegenüber den Verfahrensbeteiligten	207
9.2	Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten	207
9.3	Haftung wegen Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten nach § 61 InsO	211
9.4	Kausalität, Verschulden und Schaden	214
Kapitel 4	Sicherung und Verwaltung der Masse (Smid/Streuber)	217
1.	Insolvenzmasse	217
1.1	Ist-Masse	217
1.2	Soll-Masse	221
1.3	Neuerwerb	222
2.	<i>Sicherung der Insolvenzmasse</i>	225
2.1	Inbesitznahme	225
2.2	Zwangmaßnahmen	228
2.3	Herausgabeverlangen gegenüber Dritten	230
2.4	Siegelung	231
3.	<i>Verwaltung der Insolvenzmasse</i>	231
3.1	Verwahrung und Verwaltung	232
3.2	Verzeichnis der Massegegenstände und Gläubiger sowie Vermögensübersicht	233
3.3	Freigabe	236
3.4	Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen	240
3.5	Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung	243
Kapitel 5	Aussonderung (Smid/Gramsch)	245
1.	<i>Geltendmachung massefremder Rechte: die Aussonderung</i>	245
1.1	Funktion des Aussonderungsrechts	245
1.2	Übersicht über die einzelnen Aussonderungsrechte	246
1.2.1	Allgemeines	246
1.2.2	Beispiele	246
2.	<i>Schuldrechtliche Aussonderungsansprüche</i>	248
3.	<i>Kommissionsgeschäfte</i>	248
4.	<i>Treuhandverhältnisse</i>	250
4.1	Übersicht	250
4.2	Aussonderungsanspruch des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers	252
5.	<i>Dingliche Aussonderungsansprüche</i>	253
5.1	Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen	253

5.2	Einfacher Eigentumsvorbehalt	253
5.2.1	Dogmatische Begründung	253
5.3	Ansatz des BGH	254
5.3.1	Bindungswirkung des § 107 Abs. 2 InsO	255
5.4	Erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt	256
Kapitel 6	Absonderung (Smid/Gramsch)	257
1.	<i>Abgesonderte Befriedigung gesicherter Gläubiger</i>	<i>257</i>
1.1	Funktion der Absonderung	257
1.2	Die einzelnen Absonderungsrechte	257
1.2.1	Pfandrechte	257
1.2.1.1	Grundpfandgläubiger (§ 49 InsO)	257
1.2.1.2	Rechtsgeschäftliches, Pfändungspfandrecht und gesetzliches Pfandrecht (§ 50 InsO)	258
1.2.1.3	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO)	259
1.2.2	Sicherungseigentum	259
1.2.2.1	Allgemeines	259
1.2.2.2	Sicherungseigentum als besitzloses Pfandrecht	260
1.2.2.3	Die Sicherungsabrede	261
1.2.2.4	Erwerb des Sicherungseigentums	261
1.2.2.5	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren und in der Einzelzwangsvollstreckung	262
1.2.2.5.1	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren	262
1.2.2.5.2	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung	263
1.2.2.5.2.1	Die herrschende Meinung	263
1.2.2.5.2.2	Andere Ansicht in der Literatur	264
1.2.2.5.2.3	Fazit	264
2.	<i>Verwertung des Absonderungsgutes</i>	<i>265</i>
2.1	Allgemeines	265
2.2	Verwertung (grundpfandrechtsbelasteter) unbeweglicher Sachen	266
2.3	Nutzung und Verwertung beweglichen Sicherungsgutes	269
2.3.1	Ausschließliche Verwertungsbefugnis des Insolvenz- verwalters	270
2.3.1.1	Verwertungsbefugnis	270
2.3.1.2	Veräußerung durch Insolvenzverwalter	272
2.3.1.3	Verwertungserlös bei Freigabe	273
2.3.1.4	Ersatzabsonderung	273
2.3.1.5	Verwertung durch Gebrauch des Nutzungspotentials	274
2.3.1.6	Schutz vor Verwertungsverzögerungen	275
3.	<i>Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösauskehr</i>	<i>276</i>
3.1	Verfahrenskostenbeiträge der gesicherten Mobiliar- pfandgläubiger	276
3.2	Kompensation entstandener Kosten	278
4.	<i>Die Massezugehörigkeit sicherungszedierter Forderungen</i>	<i>278</i>
4.1	Sicherungspool	278
4.2	Reichweite zulässiger Verfügungen über das publizitätslose Pfandrecht	280

4.2.1	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz	280
4.2.2	Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszessionar?	281
4.3	Abkehr von der „Sicherheitenpoolentscheidung“?	282
Kapitel 7	Aufrechnung (Smid/Gramsch)	284
1.	<i>Die Grundnorm des § 94 InsO</i>	284
2.	<i>Reichweite und Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Insolvenzverfahren</i>	286
2.1	Eintritt der Aufrechnungslage im Insolvenzverfahren (§ 95 InsO)	286
2.1.1	Gegenforderung noch nicht fällig	286
2.1.2	Aufschiebend bedingte Forderungen	287
2.1.3	Fehlende Gleichartigkeit	287
2.2	Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Verfahren	287
2.2.1	Allgemeine Aufrechnungsverbote	288
2.2.2	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote aus § 96 InsO	288
2.2.2.1	Gegenseitigkeit entsteht nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	288
2.2.2.2	Erwerb der Gegenforderung nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	289
2.2.2.3	Erwerb der Gegenforderung durch anfechtbare Rechtshandlung (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	289
2.2.2.4	Gegenforderung gegen das freie Vermögen des Schuldners (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO)	290
2.2.2.5	Privilegierung der Inter-Bankenverrechnung (§ 96 Abs. 2 InsO)	290
2.3	Unwirksamkeit von Konzernverrechnungsklauseln	291
Kapitel 8	Abwicklung von Vertragsverhältnissen (Smid/Gramsch)	292
1.	<i>Grundlagen des Insolvenzvertragsrechts der §§ 103 ff. InsO</i>	292
1.1	Allgemeines	292
1.2	Dogmatische Grundlagen	293
1.3	Kein „alles oder nichts“ bei teilbaren Leistungen (§ 105 InsO)	295
1.3.1	Normzweck des § 105 InsO	295
1.3.2	Anwendungsbereich von § 105 Satz 1 InsO	296
1.3.3	Anwendungsbereich von § 105 Satz 2 InsO	298
1.4	Unabdingbarkeit der §§ 103 – 118 InsO	298
2.	<i>Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO</i>	299
2.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 103 InsO	299
2.1.1	Gegenseitiger Vertrag	299
2.1.1.1	Verträge im Synallagma	299
2.1.1.2	Verträge ohne Synallagma	300
2.1.2	Nicht vollständig erfüllt	301
2.2	Ausübung des Wahlrechts durch den Insolvenzverwalter	301
2.2.1	Entstehung und Grenzen des Wahlrechts	301
2.2.2	Erfüllungswahl als Willenserklärung	302

2.2.3	Befugnis des anderen Teils	305
2.2.3.1	Aufforderung zur Erklärung	305
2.2.3.2	Folgen des Schweigens des Verwalters: Kein Wieder- aufleben von Erfüllungsansprüchen	306
2.3	Rechtsfolgen der Wahlrechtsausübung	306
2.3.1	Erfüllungswahl	306
2.3.1.1	Aufrechnung	307
2.3.1.2	Pfändung, Abtretung	307
2.3.1.3	Teilleistungen	308
2.3.1.3.1	Teilweise Vorleistung des Schuldners	308
2.3.1.3.2	Teilweise Vorleistung des Gläubigers	308
2.3.1.3.3	Umfang	309
2.3.2	Nichterfüllungswahl	309
2.3.2.1	Schadensersatzanspruch des anderen Teils (§ 103 Abs. 2 Satz 1 InsO)	309
2.3.2.2	Anmeldung zur Tabelle	310
2.3.2.3	Umfang des Schadensersatzanspruchs	310
2.3.3	Erfüllungsanspruch gegen den Schuldner nach Abschluss des Verfahrens	311
3.	<i>Sonderregelungen für Fixgeschäfte und Finanzleistungen (§ 104 InsO)</i>	311
3.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 1 InsO – Fixgeschäfte	311
3.2	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 2 InsO – Finanzleistungen	312
3.3	Rechtsfolgen	312
4.	<i>Sonderregelungen bei vorgemerkten Ansprüchen (§ 106 InsO)</i>	312
4.1	Tatbestandliche Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 InsO	313
4.1.1	Gesicherter Anspruch	313
4.1.2	Eintragung der Vormerkung	313
4.1.3	Vormerkungsgleiche Sicherungen	314
4.1.3.1	Vorkaufsrechte	314
4.1.3.2	Hypothekengläubiger	315
4.2	Regelung des § 106 Abs. 1 Satz 2 InsO	316
5.	<i>Sonderregelungen bei unter Eigentumsvorbehalt abgeschlossenen Verträgen (§ 107 InsO)</i>	317
5.1	Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers (§ 107 Abs. 1 InsO)	317
5.2	Insolvenz des Vorbehaltskäufers (§ 107 Abs. 2 InsO)	317
6.	<i>Sonderregelungen bei Dauerschuldverhältnissen, Miete, Pacht, Darlehen, Dienstverhältnis (§§ 108–112 InsO)</i>	318
6.1	Tatbestandliche Voraussetzungen	318
6.1.1	Allgemeines	318
6.1.2	Einzelne Schuldverhältnisse	319
6.1.2.1	Miet- und Pachtverträge über unbewegliche Gegenstände und Räume	320
6.1.2.2	Dienstverhältnisse (§ 108 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO)	320
6.1.2.3	Finanzierte Verträge über sonstige Gegenstände (§108 Abs. 1 Satz 2 InsO)	321

6.1.2.4	Darlehensverträge (§ 108 Abs. 2 InsO)	321
6.2	Rechtsfolgen der §§ 108–112 InsO	322
6.2.1	Fortbestand nach § 108 Abs. 1. InsO	322
6.2.1.1	Miet-, Pacht- und Leasingverträge	322
6.2.1.1.1	Insolvenz des Vermieters bzw. Verpächters	322
6.2.1.1.2	Insolvenz des Leasinggebers	323
6.2.1.1.3	Insolvenz des Mieters bzw. Pächters	323
6.2.1.2	Dienstverträge	324
6.2.2	Ansprüche für die Zeit vor Verfahrenseröffnung (§ 108 Abs. 3 InsO)	325
6.3	Unabdingbarkeit	325
7.	<i>Sonstige Verträge</i>	325
Kapitel 9	Verwertung und Verteilung der Masse (Smid)	328
1.	<i>Verwertung der Insolvenzmasse</i>	328
1.1	Pflicht des Verwalters zur Verwertung der Masse	328
1.2	Ermessen des Verwalters bei der Wahl der Verwertungsform	328
1.3	Formen der Masseverwertung	329
1.4	Gewährleistung	329
1.5	Verbot spekulativer Maßnahmen	330
2.	<i>Verteilung der Teilungsmasse an die Gläubiger</i>	330
2.1	Schlussverteilung	331
2.1.1	Teilungsmasse	331
2.1.2	Allgemeine Regelungen	331
2.1.3	Zustimmung zur Schlussverteilung	332
2.2	Zuständigkeit	332
2.3	Abschlagsverteilungen	333
2.4	Verteilungsverzeichnis	334
2.5	Berücksichtigung bestrittener Forderungen	334
2.6	Berücksichtigung der Ausfallforderung absonderungs- berechtigter Gläubiger	335
2.6.1	Besitzpfandgläubiger	335
2.6.2	Absonderungsberechtigte Gläubiger in Fällen des § 166 InsO	336
2.7	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen	336
2.8	Berücksichtigung solcher Gläubiger, die nachträglich die Voraussetzungen ihrer Berücksichtigungsfähigkeit nachweisen	336
Kapitel 10	Insolvenzgläubiger (Streuber)	337
1.	<i>Gläubigergruppen</i>	337
1.1	Einfache nicht nachrangige Insolvenzgläubiger	337
1.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger	341
1.3	Absonderungsberechtigte Gläubiger	342
1.4	Aussonderungsberechtigte Gläubiger	343
1.5	Massegläubiger	344
2.	<i>Forderungsverfolgung im Insolvenzverfahren</i>	345
2.1	Forderungsanmeldung	345
2.2	Prüfungstermin	348

2.3	Widerspruch gegen angemeldete Ansprüche	350
2.4	Forderungsfeststellungsprozess	352
2.5	Widerspruch des Insolvenzschuldners	354
2.6	Verfolgung des Rechts auf abgesonderte Befriedigung	355
3.	<i>Gläubigerversammlung und Gläubigerausschuss</i>	356
3.1	Gläubigerversammlung	357
3.2	Gläubigerausschuss	363
Kapitel 11	Insolvenzanfechtung (Smid/Gramsch)	368
1.	<i>Grundlagen der insolvenzrechtlichen Anfechtung der §§ 129 ff. InsO</i>	368
1.1	Allgemeines	368
1.2	Ausübung des Anfechtungsrechts	371
1.2.1	Anfechtungsberechtigter	371
1.2.2	Anfechtungsgegner und mittelbare Zuwendungen	371
1.3	Gemeinsame Tatbestandsmerkmale der Anfechtungstatabbestände	372
1.3.1	Rechtshandlung	372
1.3.2	Gläubigerbenachteiligung	373
1.3.3	Maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung	378
1.3.3.1	Mehraktige Rechtshandlungen	378
1.3.3.2	Unterlassen	378
1.3.3.3	Bedingte und befristete Rechtshandlungen	379
1.3.4	Kausalität zwischen Rechtshandlung und Gläubigerbenachteiligung	379
1.3.5	Darlegungs- und Beweislast	379
1.4	„Anfechtungsfreies“ Bargeschäft nach § 142 InsO	380
1.4.1	Wertäquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung	380
1.4.1.1	Allgemeines	380
1.4.1.2	Bewertung von Dienstleistungen	381
1.4.1.3	Verlängerter Eigentumsvorbehalt	381
1.4.2	Maßgeblichkeit der Parteivereinbarung	382
1.4.3	Zeitliche Verknüpfung	382
2.	<i>Anfechtung wegen kongruenter Deckung (§ 130 InsO)</i>	383
2.1	Normzweck und Normstruktur	383
2.1.1	Normzweck	383
2.1.2	Normstruktur	383
2.2	Normvoraussetzungen	385
2.2.1	Kongruente Deckung	385
2.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	387
2.2.2.1	Zeitraum	387
2.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	387
2.2.3	Kenntnis des Gläubigers	388
2.2.3.1	Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungsantrages	388
2.2.3.2	Kenntnis entsprechender Umstände (§ 130 Abs. 2 InsO)	388
2.2.3.3	Zurechnung fremden Wissens	389
2.3	Beweislast	390

2.3.1	Regelfall	390
2.3.2	Ausnahme	390
3.	<i>Anfechtung wegen inkongruenter Deckung (§ 131 InsO) ...</i>	390
3.1	Normzweck und Normstruktur	390
3.1.1	Normzweck	390
3.1.2	Normstruktur	390
3.2	Normvoraussetzungen	391
3.2.1	Inkongruente Deckung	391
3.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	398
3.2.2.1	Zeitraum	398
3.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	398
3.2.3	Kenntnis beim Gläubiger	398
3.3	Beweislast	399
4.	<i>Anfechtung wegen unmittelbar gläubigerbenachteiligender Rechtshandlungen (§ 132 InsO)</i>	400
4.1	Normzweck und Normstruktur	400
4.2	Normvoraussetzungen	400
4.2.1	Rechtsgeschäfte und gleichgestellte Rechtshandlungen ...	400
4.2.2	Unmittelbare Gläubigerbenachteiligung	401
4.2.3	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	402
5.	<i>Anfechtung wegen vorsätzlicher Gläubigerbenachteiligung (§ 133 InsO)</i>	402
5.1	Normzweck und Normstruktur	402
5.1.1	Normzweck	402
5.1.2	Normstruktur	403
5.2	Normvoraussetzungen	403
5.2.1	Rechtshandlung/entgeltlicher Vertrag	403
5.2.1.1	Rechtshandlung (§ 133 Abs. 1 InsO)	403
5.2.1.2	Entgeltlicher Vertrag (§ 133 Abs. 2 InsO)	404
5.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	405
5.2.2.1	Zeitraum	405
5.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	405
5.2.3	Kenntnis des Gläubigers	405
5.2.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	405
5.2.3.2	Kenntnis beim Anfechtungsgegner	406
5.3	Beweislast	407
5.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz – Inkongruenz als Indiz ..	407
5.3.2	Kenntnis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes – Inkongruenz als Indiz	408
5.3.3	Erhöhte Anforderungen an den Beweis bei Kongruenz	409
5.3.4	Vermutung der Kenntnis (§ 133 Abs. 1 Satz 2 InsO)	410
5.3.5	Beweislastumkehr (§ 133 Abs. 2 Satz 2 InsO)	410
6.	<i>Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung (§ 134 InsO) ...</i>	410
6.1	Normzweck und Normstruktur	410
6.2	Normvoraussetzungen	411
6.2.1	Leistung des Schuldners	412
6.2.2	Unentgeltlichkeit	413
6.2.2.1	Gemischte Schenkung	414
6.2.2.2	Erfüllung eigener (nicht bestehender) Schuld	414

6.2.2.3	Erfüllung betagter bzw. aufschiebend bedingter Schuld	415
6.2.2.4	Tilgung fremder Schuld	415
6.2.2.5	Sicherung fremder und eigener Schuld	416
6.2.2.6	Nachträgliche Vergütung	417
6.2.3	Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 134 Abs. 2 InsO	418
6.2.4	Zeitraum	418
6.3	Beweislast	419
7.	<i>Anfechtung im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)</i>	419
7.1	Die Kapitalerhaltungsregeln nach altem Recht	420
7.1.1	Allgemeines zur Kapitalerhaltungssystematik	420
7.1.2	Die Anfechtungstatbestände des § 135 InsO a.F.	421
7.1.2.1	Allgemeines	421
7.1.2.2	Das kapitaleretzende Darlehen und ihm gleichgestellte Forderungen	422
7.1.2.2.1	Darlehen eines Gesellschafters	422
7.1.2.2.2	Gewährung oder Stehenlassen eines Gesellschafterdarlehens	423
7.1.2.2.3	Gleichgestellte Forderung	424
7.1.2.3	Eigenkapitaleretzende Gesellschafterleistung – die Krise . . .	426
7.1.2.4	Sanierungsprivileg	428
7.1.2.5	Kleinbeteiligungsprivileg	429
7.1.2.6	Erfasste Gesellschaftsformen	429
7.2	Rechtsprechungsregeln	430
7.3	Beweislast	431
7.4	Die Anfechtung nach § 135 InsO n. F.	432
7.4.1	Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 1 und 2 InsO	432
7.4.2	Anfechtung nach § 135 Abs. 2 InsO	432
7.4.3	Eigenkapitaleretzende Gebrauchsüberlassung (§ 135 Abs. 3 InsO)	433
7.4.3.1	Gegenstand, der für die Fortführung von erheblicher Bedeutung ist	433
7.4.3.2	Ausgleichszahlung	434
7.4.4	Sanierungs- und Kleinbeteiligungsprivileg (§ 135 Abs. 4 InsO)	435

Teil 3

Insolvenzverfahrensrecht 437

Kapitel 1	Insolvenzeröffnungsverfahren (Martini)	439
1.	Zweck	439
2.	<i>Insolvenzantrag</i>	440
2.1	Allgemeines	440
2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen	440
2.2.1	Gerichtliche Zuständigkeit	441
2.2.2	Glaubhaftmachung und rechtliches Interesse im Falle des Gläubigerantrages	443
2.2.3	Voraussetzung des Schuldnerantrages	444
2.2.4	Insolvenzfähigkeit	444
2.2.4.1	Natürliche Person	444

2.2.4.2	Juristische Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO)	445
2.2.4.3	§ 11 Abs. 2 InsO	445
3.	<i>Bestellung eines Sachverständigen</i>	446
4.	<i>Anordnung von Sicherungsmaßnahmen</i>	447
4.1	Voraussetzungen	447
4.2	Rechtsfolgen	447
5.	<i>Arten von Sicherungsmaßnahmen</i>	448
5.1	Allgemeines	448
5.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	449
5.2.1	Bestellung eines sog. „starken“ vorläufigen Insolvenz- verwalters	450
5.2.1.1	Allgemeines	450
5.2.1.2	Masseverbindlichkeiten	450
5.2.1.3	Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO)	451
5.2.2	Bestellung eines sog. „schwachen“ vorläufigen Insolvenz- verwalters	452
5.3	Untersagung und Einstellung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	454
5.4	Vorläufige Postsperrung	454
5.5	Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	455
6.	<i>Beendigung des Insolvenzverfahrens</i>	455
Kapitel 2	Regelinsolvenzverfahren (Martini)	456
1.	<i>Vorbemerkung</i>	456
2.	<i>Verfahrensbeteiligte</i>	458
2.1	Schuldner	458
2.1.1	Natürliche und juristische Personen	458
2.1.2	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	458
2.1.3	Erben und Gütergemeinschaft	458
2.2	Insolvenzgericht – Zuständigkeit	459
2.3	Insolvenzverwalter	459
2.3.1	Person und Aufsicht	459
2.3.2	Haftung	460
2.4	Insolvenzgläubiger	461
2.4.1	Allgemeines	461
2.4.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger	462
2.4.3	Organisation	463
2.5	Massegläubiger	464
2.5.1	Massekosten	464
2.5.2	Masseschulden	464
3.	<i>Eröffnung des Insolvenzverfahrens</i>	465
3.1	Insolvenzgrund	465
3.2	Massekostendeckung	466
3.3	Formalien der Verfahrenseröffnung	466
3.3.1	Inhalt und Form des Eröffnungsbeschlusses	466
3.3.2	Bestellung des Insolvenzverwalters	467
3.3.3	Terminsbestimmungen	469
4.	<i>Wirkungen der Verfahrenseröffnung</i>	469
4.1	Schuldnerbezogene Wirkungen	469

4.1.1	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	469
4.1.2	Berufsrechtliche Beschränkungen	470
4.1.3	Auflösung insolventer Gesellschaften	470
4.2	Massebezogene Auswirkungen	471
4.2.1	Beschlagnahme des Schuldnervermögens	471
4.2.2	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	471
4.2.3	Vollstreckungsverbot und Rückschlagsperre	471
4.2.3.1	Umfang und Folgen des Vollstreckungsverbotes	471
4.2.3.2	Rückschlagsperre	473
4.2.4	Freigabe von Gegenständen aus der Insolvenzmasse	474
4.2.5	Rechtserwerb nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	475
5.	<i>Aufgaben und Pflichten des Insolvenzverwalters</i>	476
6.	<i>Gegenseitige Verträge in der Insolvenz</i>	476
7.	<i>Bereinigung der Masse</i>	478
7.1	Aussonderung	478
7.2	Absonderung	479
7.3	Aufrechnung	479
8.	<i>Feststellung der Insolvenzforderungen</i>	480
9.	<i>Verwertung und Verteilung der Masse</i>	481
9.1	Masseverwertung	481
9.1.1	Grundlagen	481
9.1.1.1	Besitzergreifung und Inventarisierung	481
9.1.2	Verwertung vor dem Berichtstermin	482
9.1.3	Betriebsfortführung oder Stilllegung	482
9.2	Verteilung an die Gläubiger	482
10.	<i>Beendigung des Insolvenzverfahrens</i>	483
10.1	Aufhebung nach Schlussverteilung	483
10.2	Einstellung	483
10.2.1	Einstellung mangels Masse	483
10.2.1.1	Regelungsziel	483
10.2.1.2	Regelungsgegenstand	483
10.2.1.3	Folgen	484
10.2.2	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes	484
10.2.3	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	485
10.2.4	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	485
Kapitel 3	Insolvenzplanverfahren (Fritze)	486
1.	<i>Grundlagen</i>	486
1.1	Zweck des Insolvenzplanverfahrens	486
1.2	Voraussetzungen eines Insolvenzplanverfahrens und Überblick über die gesetzlichen Regelungen	488
1.3	Exkurs: Kombination mit Eigenverwaltung	489
2.	<i>Planinitiative</i>	490
2.1	Vorlageberechtigung	490
2.2	Einreichungszeitpunkt	490
2.3	Insolvenzplanarten	491
2.4	Plankonkurrenz	492

3.	<i>Inhalt des Insolvenzplans</i>	493
3.1	Darstellender Teil	494
3.2	Gestaltender Teil	495
3.3	Einteilung der Gläubiger in Gruppen	497
3.4	Plananlagen	499
4.	<i>Verfahren</i>	499
4.1	Überblick über den Ablauf des Verfahrens	499
4.2	Gerichtliches Vorverfahren	500
4.3	Erörterung und Abstimmung in der Gläubiger- versammlung	502
4.4	Obstruktionsverbot und weitere Zustimmungsfiktionen	504
4.5	Gerichtliche Überprüfung und Bestätigung des Insolvenzplans	505
4.6	Aufhebung des Verfahrens und Planüberwachung	506
5.	<i>Wirkungen des Insolvenzplans</i>	507
5.1	Allgemeine Wirkungen	507
5.2	Wiederaufleben des Verfahrens	507
5.3	Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens	508
5.4	Massekredite	508
6.	<i>Besonderheiten</i>	509
6.1	Konzerne und internationale Fälle	509
6.2	Massearmut, Kosten, Rechtsmittel	510
6.3	Steuerrecht und Insolvenzplanverfahren	511
6.4	Reformdiskussion	512
Kapitel 4	Vereinfachtes Insolvenzverfahren (Martini)	514
1.	<i>Vorbemerkung</i>	514
1.1	Allgemeine Ziele des Insolvenzverfahrens	514
1.2	Statistische Bedeutung	515
1.3	Ziele des Verbraucherinsolvenzverfahrens/Schuld- turmproblematik	515
1.4	Reform	515
2.	<i>Abgrenzung zum Regelin Insolvenzverfahren</i>	516
2.1	Natürliche Person	517
2.2	Keine frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit	517
2.2.1	Begriff der selbstständigen Tätigkeit	517
2.2.2	Wirtschaftliche Tätigkeit	518
2.2.3	Frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit	518
2.2.3.1	Nicht überschaubare Vermögensverhältnisse	518
2.2.3.2	Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	519
2.3	Rechtsprechung	519
3.	<i>Verfahrensablauf</i>	520
3.1	Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	520
3.1.1	Normzweck	520
3.1.2	Außergerichtlicher Einigungsversuch	520
3.1.3	Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle	521
3.1.4	Scheiternsfiktion	521
3.1.5	Rechtsprechung	522
3.2	Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	522

3.2.1	Normzweck	522
3.2.2	Voraussetzungen	522
3.2.3	Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	522
3.2.4	Verfahren	523
3.2.5	Rechtsfolgen	524
3.3	Vereinfachtes eröffnetes Insolvenzverfahren	524
3.3.1	Erfolglosigkeit des gerichtlichen Schuldenbereinigungs- verfahrens	524
3.3.2	Feststellung des Insolvenzgrundes	525
3.3.3	Deckung der Verfahrenskosten	525
3.3.4	Verfahrenseröffnung	525
3.3.5	Verfahrensablauf	525
3.3.5.1	Eröffnungsbeschluss	525
3.3.5.2	Bestellung des Treuhänders	525
3.3.5.3	Forderungsanmeldung	526
3.3.6	Insolvenzmasse	526
3.3.6.1	Arbeitseinkommen/Sozialleistungen	526
3.3.6.2	Hausrat	526
3.3.6.3	Mietsicherheit/Genossenschaftsanteile	526
3.3.6.4	Bankkonto/Sparguthaben	527
3.3.6.5	Lebensversicherungen/Altersbezüge	527
3.3.7	Abweichungen gegenüber der Regelinsolvenz	528
3.3.7.1	Veröffentlichungen	528
3.3.7.2	Entfallen des Berichtstermins	528
3.3.7.3	Anfechtung von Rechtshandlungen	528
3.3.7.4	Eingeschränktes Verwertungsrecht	529
3.3.7.5	Vereinfachte Verteilung	529
3.3.7.6	Zeitliche Erweiterung der Rückschlagsperre	529
3.3.8	Verfahrensabschluss	530
4.	<i>Stundung der Verfahrenskosten</i>	530
4.1	Voraussetzungen	530
4.2	Gewährung	531
4.3	Wirkung und Umfang	531
4.4	Beiordnung eines Rechtsanwalts	532
4.5	Aufhebung	532
4.6	Rechtsprechung	532
5.	<i>Sonderfragen</i>	533
5.1	Selbstständigkeit in der Verbraucherinsolvenz	533
5.2	Steuerliche Pflichten des Treuhänders	534
6.	<i>Reform der Verbraucherinsolvenz und der Restschuldbefreiung</i>	534
6.1	Zweigleisigkeit	534
6.2	Stärkung der außergerichtlichen Einigungsmöglichkeit	535
6.3	Abgrenzung zwischen Verbraucher- und Regelinsolvenz	535
6.4	Kostenbeteiligung des Schuldners	535
6.5	Vorläufiger Treuhänder	535
6.6	Forderungsprüfung	535
6.7	Verschärfung der Versagungsgründe	535
6.8	Verkürzung der Wohlverhaltensperiode	536

Kapitel 5	Restschuldbefreiung der natürlichen Person (Martini)	537
1.	<i>Voraussetzungen</i>	537
1.1	Antrag	537
1.2	Abtretungserklärung, (§ 287 Abs. 2 InsO)	538
1.3	Anhörung der Gläubiger und des Treuhänders im Schlusstermin	539
1.4	Fehlen von Versagungsgründen	539
2.	<i>Ankündigung der Restschuldbefreiung</i>	540
3.	<i>Bestellung des Treuhänders</i>	540
4.	<i>Obliegenheiten</i>	540
5.	<i>Entscheidung über die Restschuldbefreiung</i>	541
5.1	Vorzeitige Beendigung ohne Restschuldbefreiung	541
5.2	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung	542
5.3	Regelfristige Erteilung	542
5.4	Wirkungen der Restschuldbefreiung	542
5.5	Widerruf der Restschuldbefreiung	543
Kapitel 6	Eigenverwaltung (Wehdeking)	544
1.	<i>Grundlagen der Eigenverwaltung</i>	544
1.1	Systematik der Eigenverwaltung	544
1.2	Aufgabe der Eigenverwaltung und Intentionen des Insolvenzrechtsreformgesetzgebers	545
1.2.1	Möglichkeit einer gerichtlich kontrollierten Reorganisation und Sanierung	545
1.2.1.1	Überkommene Rechtslage	545
1.2.1.2	Eigenständiges Sanierungsverfahren nach § 270b InsO-E	547
1.2.2	Anreiz zur Eigenantragstellung	548
1.2.3	Nutzung des schuldnerischen Sachverständes	549
1.2.4	Kostenvorteile gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren	550
1.3	Vorbilder der deutschen Eigenverwaltung	551
1.4	Eigenverwaltung und Reorganisation	552
1.5	Modell von Formen der Eigenverwaltung im deutschen Recht	553
2.	<i>Materielle Voraussetzungen</i>	554
2.1	Eröffnungsantrag des Schuldners	554
2.1.1	Verfahrensrechtliche Anforderungen an den Antrag	555
2.1.2	Antragsberechtigung	556
2.1.3	Maßgebender Zeitpunkt für den Antrag	556
2.2	Fremdantrag eines Gläubigers	557
2.3	Nachteile und Verfahrensverzögerung	558
2.3.1	Nachteile	559
2.3.1.1	Natürliche Personen	559
2.3.1.2	Juristische Personen und Personen- und Personen- handelsgesellschaften	560
2.3.2	Verfahrensverzögerungen	561
2.4	Darlegungslast des Schuldners und Amtsermittlung	562
2.4.1	Darlegungslast	563
2.4.2	Amtsermittlung	564
2.5	Sonderfälle	564

2.5.1	Eingetragene Genossenschaften	565
2.5.2	Finanzdienstleistungsunternehmen	565
3.	<i>Entscheidung des Gerichts</i>	565
3.1	Vereitelung einer Eigenverwaltung durch vorläufige Anordnungen des Insolvenzgerichts im Eröffnungsverfahren?	565
3.2	Entscheidung über Anordnung oder „Versagung“ der Anordnung der Eigenverwaltung mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens	566
3.2.1	Ablehnender Beschluss	566
3.2.2	Stattgebender Beschluss	567
3.2.3	Begründung des Anordnungs- und Ablehnungsbeschlusses	568
3.2.3.1	Anordnungsbeschluss	568
3.2.3.2	Ablehnungsbeschluss	569
3.3	Rechtsmittel	569
3.4	Nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung	570
3.4.1	Antrag auf Eigenverwaltung	571
3.4.2	Antrag der Gläubigerversammlung	572
3.4.3	Entscheidung des Gerichts	572
4.	<i>Allgemeine Wirkung des Eröffnungsbeschlusses bei Anordnung der Eigenverwaltung</i>	573
4.1	Insolvenzbeschluss des schuldnerischen Vermögens	573
4.2	Fortdauer des Insolvenzbeschlags des schuldnerischen Vermögens bei nachträglicher Anordnung der Eigenverwaltung	573
4.3	Befugnisse des Schuldners zur Masseverwaltung	574
4.4	Einsetzung eines Sachwalters	574
4.5	Registerrechtlicher Insolvenzvermerk	574
4.6	Anhängige Prozesse („automatic stay“)	575
5.	<i>Aufhebung der Eigenverwaltung</i>	575
5.1	Antrag der Gläubigerversammlung	575
5.2	Gläubigerantrag	576
5.3	Schuldnerantrag	577
5.4	Entscheidung des Insolvenzgerichts	577
6.	<i>Rechtsstellung und Aufgabenverteilung zwischen Schuldner und Sachwalter</i>	578
6.1	Rechtsstellung und Befugnisse des Schuldners	578
6.1.1	Rechtsstellung	578
6.1.2	Befugnisse und Pflichten des Schuldners	578
6.1.2.1	Führung der Geschäfte	579
6.1.2.2	Mitwirkungsbefugnisse des Sachwalters	579
6.1.2.3	Wahlrecht des Schuldners	580
6.1.2.4	Lebensführung des Schuldners	581
6.1.2.5	Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners	581
6.1.2.6	Vorlage eines Insolvenzplans	583
6.1.2.7	Mitwirkungspflichten	584
6.2	Rechtsstellung und Befugnisse des Sachwalters	584
6.2.1	Auswahl des Sachwalters	584
6.2.2	Rechte und Pflichten des Sachwalters	585

6.2.2.1	Insolvenzanfechtung/Gesamtschaden	585
6.2.2.2	Tabellenführung und Prüfungspflichten	586
6.2.2.3	Beratungsaufgaben des Sachwalters	587
6.2.2.4	Aufsichts- und Überwachungs- und Berichtspflichten	587
6.2.2.5	Mitwirkungsrechte	588
6.2.2.6	Zustimmungsbedürftigkeit	589
6.2.3	Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Haftung	590
Kapitel 7	Sonderinsolvenzen (Hermanns)	592
1.	<i>Nachlassinsolvenzverfahren</i>	592
1.1	Regelungszweck	592
1.2	Anwendungsbereich	593
1.2.1	In subjektiver Hinsicht – verschiedene Stadien des Eintritts des Todes des Schuldners	593
1.2.1.1	Tod vor Stellung des Insolvenzantrages	593
1.2.1.2	Tod im Insolvenzeröffnungsverfahren	593
1.2.1.3	Tod im eröffneten Insolvenzverfahren	593
1.2.2	In objektiver Hinsicht – erfasste Verbindlichkeiten	594
1.2.2.1	Erblasserverbindlichkeiten	594
1.2.2.2	Erbfallverbindlichkeiten	594
1.2.2.3	Nachlasserbverbindlichkeiten	594
1.3	Rechtliche Grundlagen	594
1.3.1	Erbrechtliche Grundlagen	594
1.3.2	Insolvenzrechtliche Grundlagen	596
1.3.2.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	596
1.3.2.1.1	Örtliche Zuständigkeit	597
1.3.2.1.2	Antragsberechtigte/Antragspflicht	597
1.3.2.1.3	Antragsfrist	598
1.3.2.2	Eröffnungsgründe	599
1.3.2.2.1	Überschuldung des Nachlasses	599
1.3.2.2.2	Zahlungsunfähigkeit des Nachlasses	600
1.3.2.2.3	Drohende Zahlungsunfähigkeit	600
1.3.2.3	Rechtsfolgen der Eröffnung eines Nachlassinsolvenz- verfahrens	600
1.3.2.4	Besondere Regelungen im Nachlassinsolvenzverfahren	601
1.3.2.4.1	§ 321 InsO	601
1.3.2.4.2	§ 323 InsO	601
1.3.2.4.3	§ 324 InsO	602
1.3.2.4.4	Besonderheiten bei der Insolvenzanfechtung	602
1.3.2.4.5	Besonderheiten bei Lebensversicherungen	603
1.3.2.4.6	Besonderheiten bei der Fortführung eines Handels- geschäftes	603
2.	<i>Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft</i>	604
3.	<i>Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft</i>	604

Teil 4

Rechnungslegung in der Insolvenz 605

Kapitel 1	Interne Rechnungslegung (Amberger)	607
1.	<i>Das System der Rechnungslegung im Insolvenzverfahren</i> ...	607
2.	<i>Insolvenzrechtliche Rechnungslegung</i>	608
2.1	Aktuelle Entwicklung	608
2.1.1	Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht im Insolvenzverfahren (GAVI)	608
2.1.2	Rechnungslegungshinweise des IDW e.V.	610
2.2	Verzeichnis der Massegegenstände (§ 151 InsO)	610
2.3	Gläubigerverzeichnis (§ 152 InsO)	610
2.4	Vermögensübersicht (§ 153 InsO)	611
2.5	Schlussrechnung (§ 66 InsO)	611
2.5.1	Schlussrechnung	611
2.5.2	Schlussbericht	612
2.5.3	Schlussverzeichnis	612
2.5.4	Gerichtliche Prüfung	612
2.5.5	Prüfung durch den Gläubigerausschuss	613
2.6	Schlussrechnung bei vorheriger Anzeige der Masse- unzulänglichkeit	613
Kapitel 2	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (Schmid)	615
1.	<i>Einführung und Abgrenzung</i>	615
1.1	Einführung	615
1.2	Ziele der externen Rechnungslegung	615
1.3	Abgrenzung zur internen Rechnungslegung im Insolvenzverfahren	616
2.	<i>Umfang der externen Rechnungslegungspflicht</i>	616
2.1	Handelsrechtliche Buchführungspflicht	616
2.1.1	Zeitlicher und sachlicher Umfang	616
2.1.2	Anforderungen an die Buchführung	620
2.2	Handelsrechtliche Abschlüsse	621
2.2.1	Insolvenzrechnungslegung und Liquidationsrechnungs- legung	621
2.2.2	Letzter Jahresabschluss der werbenden Gesellschaft vor Insolvenzeröffnung	623
2.2.3	Eröffnungsbilanz auf den Zeitpunkt der Verfahrens- eröffnung	626
2.2.4	Jahresabschlüsse für Geschäftsjahre, die während des Insolvenzverfahrens enden	629
2.2.5	Handelsrechtliche Schlussbilanz	630
2.3	Konzernrechnungslegung in der Insolvenz	632
2.4	Jahresabschlussprüfung in der Insolvenz	633
2.5	Feststellung	635
2.6	Handelsrechtliche Offenlegungspflichten	635
2.7	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz nach steuerrechtlichen Vorschriften	636
2.8	Reduzierung des Pflichtenumfangs insbesondere bei Masseunzulänglichkeit	638

	Teil 5	
	Steuern in Sanierung und Insolvenz	643
Kapitel 1	Verfahrensfragen (<i>Bschorr</i>)	645
1.	<i>Insolvenzsteuerrecht „versus“ Steuerrecht</i>	645
2.	<i>Verfahrensrechtliche Stellung der Beteiligten</i>	645
2.1	Stellung des Schuldners nach der Verfahrenseröffnung	645
2.2	Steuerrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters	647
2.2.1	Steuererklärungsspflichten für die Zeit des Insolvenz- verfahrens	648
2.2.2	Steuererklärungen für die Zeit vor Insolvenzeröffnung	649
2.2.3	Dauer der Insolvenz, Pflichten des Insolvenzverwalters	650
2.3	Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	650
2.4	Stellung des Treuhänders und Sachwalters	652
2.5	Haftung des Insolvenzverwalters für Steuerschulden	652
2.5.1	Haftung des Insolvenzverwalters	652
2.5.2	Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	655
2.6	Stellung der Finanzverwaltung	655
2.6.1	Das Finanzamt als Gläubiger	656
2.6.2	Auskünfte des Finanzamtes an den Insolvenzverwalter	657
3.	<i>Wirkungen der Insolvenzeröffnung im Besteuerungs- verfahren</i>	658
3.1	Steuerermittlungsverfahren	658
3.2	Steuerfestsetzungsverfahren/Feststellungsverfahren	659
3.3	Erstattungsansprüche	661
3.4	Rechtsbehelfsverfahren	662
3.5	Finanzgerichtsverfahren	663
3.6	Vollstreckungsverfahren	665
4.	<i>Durchsetzung von Steuerforderungen im Insolvenz- verfahren</i>	666
4.1	Qualifizierung von Steuern als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	666
4.2	Anmeldung und Feststellung von Insolvenzforderungen	668
4.2.1	Anmeldung zur Tabelle	668
4.2.2	Anerkennung oder Widerspruch im Prüfungstermin	669
4.2.3	Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO	671
4.2.4	Beitreibung nach Insolvenzbeendigung	671
4.3	Durchsetzung von Masseverbindlichkeiten	672
4.3.1	Massereichtum	672
4.3.2	Massearmut	673
4.4	Durchsetzung von Steuern aus insolvenzfreier Tätigkeit/Neuerwerb	673
4.5	Aufrechnung	675
4.5.1	Aufrechnung von Vorauszahlungsschulden	679
4.5.2	Aufrechnung mit Erstattungszinsen	680
4.5.3	Aufrechnung mit Säumniszuschlägen	680
4.5.4	Aufrechnung mit Haftungsforderungen	680
4.5.5	Aufrechnung bei Neuerwerb	680
4.5.6	Aufrechnung unter Berücksichtigung des Umsatzsteuer- Saldierungsprinzips	681

4.5.7	Aufrechnung Vorsteuer aus Vergütung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	681
4.5.8	Aufrechnung von Umsatzsteuer- und Vorsteuerberichtigungsansprüchen nach § 17 UStG	682
4.5.9	Aufrechnung mit Sondervorauszahlungen bei Dauerfristverlängerung	683
4.5.10	Aufrechenbarkeit des Vergütungsanspruchs nach Rechnungsberichtigung	683
4.5.11	Aufrechnung nach Quotenauszahlung	683
4.5.12	Aufrechnung von Kraftfahrzeugsteuern	684
4.5.13	Aufrechnung von Grunderwerbsteuer	684
4.5.14	Aufrechnung gegen Anspruch auf Eigenheimzulage	684
Kapitel 2	Umsatzsteuer (Bschorr)	685
1.	<i>Unternehmereigenschaft in der Insolvenz und verfahrensrechtliche Fragen</i>	<i>685</i>
2.	<i>Umsatzsteuerforderungen als Insolvenzforderungen/ Masseverbindlichkeiten</i>	<i>686</i>
3.	<i>Umsatzsteuer bei Neuerwerb/Freigabe</i>	<i>689</i>
4.	<i>Umsatzsteuerliche Organschaft</i>	<i>690</i>
4.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	690
4.2	Insolvenz der Organgesellschaft	691
4.3	Insolvenz des Organträgers	692
4.4	Insolvenz des Organträgers und der Organgesellschaft	692
4.5	Rechtsfolgen bei Beendigung der Organschaft	693
5.	<i>Vorsteuer im Insolvenzverfahren</i>	<i>695</i>
6.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 17 UStG</i>	<i>696</i>
7.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG</i>	<i>697</i>
8.	<i>Umsatzsteuerkorrektur</i>	<i>699</i>
9.	<i>Umsatzsteuer/Vorsteuer bei nicht vollständig erfüllten Verträgen</i>	<i>699</i>
9.1	Umsatzsteuerkorrektur nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 UStG	699
9.2	Vorsteuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 UStG	701
10.	<i>Sicherungsverwertung</i>	<i>702</i>
10.1	Verwertung durch den Insolvenzverwalter	703
10.2	Verwertung durch den Sicherungsnehmer	705
10.3	Verwertung durch den Insolvenzschuldner nach Freigabe	707
10.4	Verwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	707
11.	<i>Geschäftsveräußerung im Ganzen</i>	<i>708</i>
Kapitel 3	Ertragsteuern (Schmid)	711
1.	<i>Körperschaftsteuer</i>	<i>711</i>
1.1	Grundlagen	711
1.2	Wechselwirkungen zwischen Körperschaftsteuer und Einkommensteuer unter dem Regime der Abgeltungsteuer	713
1.3	Verlustrück- und -vortrag, Mindestbesteuerung	716
1.4	Untergang von Verlustvorträgen, § 8 c KStG	718
1.4.1	Grundlagen	718

1.4.2	Regelungsinhalt	719
1.4.3	Sanierungsklausel	723
1.4.3.1	Begriff des Beteiligungserwerbs	723
1.4.3.2	Begriff der Sanierung	724
1.4.3.3	Erhaltung der wesentlichen Betriebsstrukturen	726
1.4.3.4	Ausschluss der Anwendung der Sanierungsklausel	730
1.5	Gesellschafterdarlehen in Krise und Insolvenz	730
1.5.1	Einführung	730
1.5.2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	731
1.5.3	Rechtslage vor Einführung des MoMiG	732
1.5.4	Situation nach dem MoMiG	732
1.5.5	Bilanzielle Behandlung der Gesellschafterdarlehen	733
1.5.6	Einfluss von Sanierungsmaßnahmen	733
1.5.6.1	Verzicht auf Gesellschafterdarlehen	733
1.5.6.2	Forderungsverzicht mit Besserungsversprechen	736
1.5.6.3	Rangrücktritt	739
1.6	Pensionsrückstellungen in Krise und Insolvenz	741
1.6.1	Grundlagen	741
1.6.2	Verzicht auf Pensionszusagen	741
1.6.3	Widerruf von Pensionszusagen	744
1.6.4	Teilverzicht auf noch nicht erdiente Anwartschaftsrechte ...	745
1.6.5	Abfindung einer Pensionsanwartschaft	745
1.7	Ertragsteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen ...	749
1.7.1	Grundlagen	749
1.7.2	BMF-Schreiben vom 27.03.2003	749
1.8	Körperschaftsteuer in der Insolvenz	753
1.8.1	Grundlagen	753
1.8.2	Körperschaftsteuer als Insolvenzforderung oder als Masseverbindlichkeit	754
1.8.3	Besonderer Gewinnermittlungszeitraum gemäß § 11 KStG ..	757
1.8.4	Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft	759
1.8.4.1	Insolvenz der Organgesellschaft	759
1.8.4.2	Insolvenz des Organträgers	761
1.8.4.3	Gleichzeitige Insolvenz von Organträger und Organ- gesellschaft	761
2.	<i>Einkommensteuer</i>	762
2.1	Grundlagen	762
2.2	Steuersubjekt der Einkommensteuer	762
2.3	Verluste und Verlustnutzung	763
2.3.1	System der steuerlichen Berücksichtigung von Verlusten ...	763
2.3.2	Einschränkungen der Verlustberücksichtigung	764
2.4	Steuerliche Auswirkungen von Forderungsverzicht und Rangrücktritt	765
2.4.1	Überblick	765
2.4.2	Natürliche Personen – Einzelunternehmer	766
2.4.2.1	Forderungsverzicht durch Drittgläubiger	766
2.4.2.2	Forderungsverzicht mit Besserungsschein	768
2.4.2.3	Rangrücktritt	770
2.4.3	Gesellschafter von Kapitalgesellschaften	771
2.4.3.1	Grundlagen	771

2.4.3.2	Verlust von Gesellschafterdarlehen – altes Recht	772
2.4.3.3	Verlust von Gesellschafterdarlehen – neues Recht	774
2.4.3.4	Rangrücktrittserklärungen und Verzicht mit Besserungsschein	776
2.4.4	Gesellschafter von Personenhandelsgesellschaften	777
2.4.4.1	Steuerrechtliche Behandlung von Forderungen eines Gesell- schafters gegen die Personengesellschaft – Grundsätze	777
2.4.4.2	Forderungsverzicht des Gesellschafters gegenüber der Personengesellschaft	778
2.4.4.3	Rangrücktritt und Besserungsschein	780
2.5	Einkommensteuerliche Folgen der Insolvenzeröffnung	782
2.5.1	Trennung von Insolvenzforderungen und Masseschulden	782
2.5.1.1	Einkommensteuerliche Umsetzung der insolvenz- rechtlichen Vermögenssphären	782
2.5.1.2	Insolvenzrechtliches Begründetsein von Einkommen- steuerschulden	784
2.5.1.3	Einkommensteuern als Masseverbindlichkeit	786
2.5.2	Aufteilung der Einkommensteuerschuld	789
2.5.3	Einkommensteuer-Vorauszahlungen und Abschluss- zahlungen	791
2.5.4	Ehegattenveranlagung	791
2.5.5	Auflösung stiller Reserven	793
2.5.6	Einkommensteuerfragen im Zusammenhang mit Personen- gesellschaften	795
2.5.6.1	Insolvenz der Personengesellschaft	795
2.5.6.2	Beteiligung des Insolvenzschuldners an einer Personen- gesellschaft	797
2.5.6.3	Betriebsaufgabe und Betriebsveräußerung in der Insolvenz	797
2.5.7	Restschuldbefreiung und Sanierungsgewinne	799
3.	<i>Gewerbsteuer</i>	801
3.1	Grundlagen	801
3.2	Gewerbsteuerliche Verlustvorträge und Sanierungsgewinne	801
3.3	Gewerbsteuerpflicht in der Insolvenz	803
3.4	Ermittlung des Gewerbeertrages in der Insolvenz	804
4.	Lohnsteuer	805
4.1	Grundlagen	805
4.2	Insolvenz des Arbeitnehmers	805
4.3	Insolvenz des Arbeitgebers	806
4.4	Lohnsteuerfragen im Zusammenhang mit Insolvenzgeld- zahlungen	807

Teil 6

Gesetzesübergreifende Bezüge 809

Kapitel 1	Arbeits- und Sozialrecht (Witt)	811
1.	<i>Einführung</i>	811
2.	<i>Sanierung und Kündigungsschutz</i>	811
2.1	Allgemeiner Kündigungsschutz	812
2.1.1	Räumlicher Anwendungsbereich	812
2.1.1.1	Betriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern	812

2.1.1.2	Betriebe mit mehr als fünf und bis zehn Arbeitnehmern	813
2.1.1.3	Betriebe mit mehr als zehn Arbeitnehmern	813
2.1.1.4	Feststellung der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	813
2.1.2	Persönlicher Anwendungsbereich	814
2.1.3	Dringende betriebliche Gründe	815
2.1.3.1	Die unternehmerische Entscheidung	815
2.1.3.2	Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle	816
2.1.3.3	Unternehmerische Entscheidung: Betriebsstilllegung	817
2.1.3.4	Kündigung als letztes Mittel	818
2.1.3.4.1	Freier Arbeitsplatz	818
2.1.3.4.2	Freier gleichwertiger Arbeitsplatz	818
2.1.3.4.3	Freier nicht gleichwertiger Arbeitsplatz	819
2.1.4	Sozialauswahl	820
2.1.4.1	Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer	820
2.1.4.1.1	Arbeitnehmer in demselben Betrieb	820
2.1.4.1.2	Tatsächliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	820
2.1.4.1.3	Rechtliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	821
2.1.4.1.4	Weitere Vergleichbarkeitsmerkmale	821
2.1.4.2	Feststellung der sozialen Schutzbedürftigkeit	822
2.1.4.2.1	Betriebszugehörigkeit	822
2.1.4.2.2	Lebensalter	823
2.1.4.2.3	Unterhaltungspflichten	823
2.1.4.2.4	Schwerbehinderung	823
2.1.4.2.5	Ermittlung der Sozialdaten	823
2.1.4.2.6	Gewichtung der Sozialdaten	824
2.1.4.3	Leistungsträgerregelung	825
2.1.4.4	Erhaltung einer ausgewogenen Personalstruktur	825
2.1.4.5	Punkteschema in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung	826
2.1.4.6	Punkteschema des Arbeitgebers	827
2.1.4.7	Fehlerhafte Sozialauswahl bei Verwendung eines Punkteschemas	828
2.1.5	Kündigung aufgrund Interessenausgleichs mit Namensliste	828
2.1.5.1	Betriebsänderung	828
2.1.5.2	Namensliste	829
2.1.5.3	Vermutung: betriebsbedingter Grund	829
2.1.5.4	Herabsetzung des Prüfungsmaßstabes der Sozialauswahl	831
2.1.5.5	Wesentliche Sachlagenänderung	832
2.1.5.6	Interessenausgleich mit Namensliste und Betriebsrats- anhörung	832
2.2	Besonderer Kündigungsschutz	833
2.2.1	Kündigungsschutz aufgrund des Betriebsverfassungs- gesetzes	833
2.2.2	Schwerbehinderte Menschen	834
2.2.3	Elternzeit	835
2.2.4	Mutterschutz	835
2.3	Kündigungsform	836
2.4	Kündigungsbegründung	836
2.5	Kündigung durch Vertreter	837

2.6	Kündigungszugang	838
2.7	Kündigungsfristen	838
2.7.1	Grundkündigungsfrist	839
2.7.2	Verlängerung der Grundkündigungsfrist	839
2.7.3	Abweichung durch Tarifvertrag	840
2.8	Massenentlassungsanzeige	840
2.8.1	Voraussetzung	840
2.8.2	Beteiligung des Betriebsrates	840
2.8.3	Inhalt der Anzeige	840
2.8.4	Folgen einer unterlassenen oder unwirksamen Anzeige	841
2.8.5	Folgen einer wirksamen Massenentlassungsanzeige	841
2.9	Wirksamkeit einer Kündigung und Kündigungsschutzklage ..	842
3.	<i>Sanierung und Mitbestimmung des Betriebsrates</i>	842
3.1	Betriebsratanhörung vor Kündigung	842
3.1.1	Form und Umfang	843
3.1.2	Fristbeginn und Fristende	845
3.2	Interessenausgleich	845
3.2.1	Unternehmensgröße	845
3.2.2	Rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates	846
3.2.3	Gang der Verhandlungen	847
3.2.4	Gegenstand eines Interessenausgleiches	847
3.2.5	Mitbestimmungspflichtige Betriebsänderungen	847
3.2.5.1	Einschränkung und Stilllegung des Betriebes oder von Betriebsteilen	848
3.2.5.1.1	Betriebsstilllegung	848
3.2.5.1.2	Betriebseinschränkung	848
3.2.5.2	Verlegung des Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	849
3.2.5.3	Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder Betriebsspaltung	849
3.2.5.4	Grundlegende Änderungen von Betriebsorganisation, Betriebszweck oder Betriebsanlagen	849
3.2.5.5	Neue Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	850
3.2.6	Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht	850
3.2.6.1	Nachteilsausgleich	850
3.2.6.2	Ordnungswidrigkeit	850
3.2.6.3	Unterlassung der Betriebsänderung	850
3.3	Sozialplan	851
3.3.1	Ausnahmen von der Erzwingbarkeit	851
3.3.2	Gegenstand eines Sozialplans	852
3.3.2.1	Abfindungsregelungen	853
3.3.2.1.1	Betriebszugehörigkeit	853
3.3.2.1.2	Bruttomonatsverdienst	853
3.3.2.1.3	Weitere soziale Gesichtspunkte	854
3.3.2.2	Transfersozialpläne	854
4.	<i>Sanierung und Betriebsübergang</i>	854
4.1	Betriebsübertragung durch Rechtsgeschäft	854
4.2	Übergang der Arbeitsverhältnisse	855
4.3	Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebs- vereinbarungen	855

4.4	Haftung von altem und neuem Inhaber	856
4.5	Kündigungsverbot	856
4.6	Umgehungsverbot	857
4.7	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht	857
4.7.1	Unterrichtungspflicht	857
4.7.1.1	Zeitpunkt des Betriebsüberganges	858
4.7.1.2	Grund des Überganges	858
4.7.1.3	Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Folgen des Überganges	858
4.7.1.4	Maßnahmen für Arbeitnehmer	859
4.7.1.5	Person des neuen Inhabers	859
4.7.2	Widerspruchsrecht	859
4.7.3	Vorliegen eines Betriebs- und Betriebsteilübergangs	860
4.7.3.1	Art des betreffenden Unternehmens oder Betriebes	860
4.7.3.2	Etwaiger Übergang der materiellen Betriebsmittel	861
4.7.3.3	Wert der immateriellen Aktiva im Zeitpunkt des Übergangs	861
4.7.3.4	Übernahme von Arbeitnehmern	861
4.7.3.5	Übergang der Kundschaft	862
4.7.3.6	Grad der Ähnlichkeit der Tätigkeiten vor und nach dem Übergang	862
4.7.3.7	Dauer einer eventuellen Unterbrechung der Tätigkeit	862
4.7.3.8	Weitere Merkmale	863
4.8	Transfergesellschaft als Sanierungselement	863
4.8.1	Transfergesellschaft statt Kündigung	863
4.8.2	Transfergesellschaft und Betriebsübergang	864
5.	<i>Sanierung und die besonderen arbeitsrechtlichen Regelungen in der Insolvenz</i>	865
5.1	Geltungsbereich	865
5.2	Insolvenzeröffnung als Kündigungsgrund	865
5.3	Kündigungsfrist und Unkündbarkeit	866
5.3.1	Abkürzung der Kündigungsfristen	866
5.3.2	Aufhebung einer Unkündbarkeit	866
5.3.3	Anwendungsbereich	867
5.3.4	Schadensersatzanspruch des Gekündigten	867
5.4	Wettbewerbsverbote	868
5.5	Betriebsverfassungsrecht in der Insolvenz	868
5.5.1	Interessenausgleich	868
5.5.2	Nachteilsausgleich	869
5.5.3	Straffung des Interessenausgleichsverfahrens	869
5.5.3.1	Verkürzung des Verhandlungsweges	869
5.5.3.2	Zustimmung zur Betriebsänderung durch das Arbeitsgericht	870
5.5.3.2.1	Sinn des § 122 InsO	870
5.5.3.2.2	Unterrichtung des Betriebsrates	871
5.5.3.2.3	Die Drei Wochenfrist	871
5.5.3.2.4	Anrufung des Arbeitsgerichts	871
5.5.3.2.5	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	871
5.5.3.2.6	Abwägung der gegenseitigen Interessen	872
5.5.4	Sozialplan in der Insolvenz	872

5.5.4.1	Absolute Obergrenze	872
5.5.4.2	Relative Obergrenze	873
5.5.4.3	Sozialplanforderungen als Masseverbindlichkeit	873
5.5.4.4	Verbot von Leistungsklage und Zwangsvollstreckung	873
5.5.4.5	Widerruf insolvenznaher Sozialpläne	873
5.5.4.6	Widerruf insolvenzferner Sozialpläne und anderer Betriebsvereinbarungen	874
5.6	Massenkündigung im Insolvenzverfahren	875
5.6.1	Interessenausgleich mit Namensliste	876
5.6.1.1	Betriebsänderung	876
5.6.1.2	Vermutung: betriebsbedingter Grund	876
5.6.1.3	Herabsetzung des Überprüfungsmaßstabes und Einschränkung der Überprüfung der Sozialauswahl	876
5.6.1.4	Spätere Änderung der Sachlage	877
5.6.1.5	Spätere Änderung der Sachlage und Wiedereinstellungs- anspruch	877
5.6.1.6	Vermutung: keine Kündigung wegen Betriebsübergang	878
5.6.2	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	878
5.6.2.1	Betriebsänderung	879
5.6.2.2	Betriebe mit Betriebsrat	879
5.6.2.3	Betriebe ohne Betriebsrat	880
5.6.2.4	Verfahren vor dem Arbeitsgericht	880
5.6.2.4.1	Zuständigkeit und Beteiligte	880
5.6.2.4.2	Feststellungen des Arbeitsgerichtes	880
5.6.2.4.3	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	881
5.6.2.5	Keine Betriebsratsanhörung vor Verfahrenseinleitung	881
5.6.2.6	Kündigung und Beschlussverfahren	881
5.6.2.7	Bindungswirkung der Entscheidung des Arbeitsgerichtes ...	882
5.7	Betriebsveräußerung in der Insolvenz	883
5.7.1	Anwendung des § 613 a BGB	883
5.7.1.1	Keine Haftung des Erwerbers für Insolvenzforderungen	883
5.7.1.2	Personalabbau durch Sanierungskonzept	884
6.	<i>Sozialrecht in der Insolvenz</i>	884
6.1	Insolvenzgeld	884
6.2	Anspruchsberechtigte Personen	885
6.2.1	Arbeitnehmer	885
6.2.2	GmbH-Geschäftsführer	885
6.2.3	Vorstand einer Aktiengesellschaft	885
6.3	Inlandsbeschäftigung	886
6.4	Insolvenzereignis	886
6.4.1	Insolvenz des Arbeitgebers	886
6.4.2	Insolvenzereignisse	886
6.4.2.1	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	886
6.4.2.2	Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse	886
6.4.2.3	Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzverfahren	887
6.4.2.3.1	Einstellung der Betriebstätigkeit	887
6.4.2.3.2	Kein Insolvenzantrag	887
6.4.2.3.3	Offensichtliche Masselosigkeit	887
6.4.3	Insolvenzgeldzeitraum	888

6.4.4	Arbeitsentgelt	888
6.4.5	Antragsfrist	889
6.5	Anspruchsausschluss	889
6.5.1	Arbeitsentgeltansprüche wegen oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	890
6.5.2	Angefochtene und anfechtbar erworbene Arbeits- entgeltansprüche	890
6.5.3	Leistungsverweigerungsrecht des Insolvenzverwalters	890
6.6	Höhe des Insolvenzgeldes	890
6.7	Vorschuss auf das Insolvenzgeld	891
6.8	Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes zur Aufrecht- erhaltung des Geschäftsbetriebes	891
Kapitel 2	Gesellschaftsrecht (Amberger)	892
1.	<i>Einleitung</i>	892
2.	<i>Insolvenzfähigkeit</i>	892
2.1	Allgemeines	892
2.2	Juristische Personen	892
2.2.1	Entstehen	893
2.2.2	Sonderfälle	894
2.2.2.1	Vorgründungsgesellschaft	894
2.2.2.2	Vor-Gesellschaft	894
2.2.2.3	GmbH & Co. KG	895
2.2.2.4	AG	895
2.2.2.5	KGaA	895
2.2.2.6	OHG	896
2.2.2.7	Partnerschaftsgesellschaft	896
2.2.2.8	GbR	896
2.2.2.9	Nicht rechtsfähiger Verein	897
2.2.2.10	Ausländische Kapitalgesellschaften	897
2.2.2.11	Konzern	897
2.2.3	Ende der Insolvenzfähigkeit	897
3.	<i>Insolvenzantragsrecht und Insolvenzantragspflicht</i>	898
3.1	Antragsrecht	898
3.2	Antragspflicht	898
4.	<i>Einfluss des Insolvenzverfahrens auf die interne Organisation der Gesellschaft</i>	899
4.1	Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Verwalter (§ 80 InsO)	899
4.2	Konsequenzen der Insolvenzeröffnung für den Rechtsträger	899
4.2.1	Auflösung der Gesellschaft	899
4.2.2	Beendigung der Rechtsfähigkeit	900
4.2.3	Sonderfall GmbH & Co. KG	900
4.3	Einfluss auf die Gesellschafter und Organe	900
4.4	Finanzverfassung	901
4.5	Besonderheiten bei börsennotierter Aktiengesellschaft	902
5.	<i>Gesellschaftsrechtsspezifische Ansprüche – Insolvenzmasse</i>	902
5.1	Einleitung	902

5.1.1	Allgemeines	902
5.1.2	Gesellschaftsgründung	903
5.2	Kapitalaufbringung bei Eintragung der GmbH (§§ 19 ff., 5 ff. GmbHG)	903
5.2.1	Stammkapital	904
5.2.1.1	GmbH (§ 5 GmbHG)	904
5.2.1.2	Besonderheiten der Unternehmergesellschaft (§ 5a GmbHG)	904
5.2.2	Mindesteinlage (§ 7 Abs. 2 GmbHG)	905
5.2.2.1	Leistung der Einlage	905
5.2.2.2	Versicherung des Geschäftsführers (§§ 8 Abs. 2, 7 Abs. 2 GmbHG)	906
5.2.2.3	Voreinzahlung	906
5.2.3	Sachgründung (§§ 7 Abs. 3, 5 Abs. 4 GmbHG)	907
5.2.3.1	Sacheinlage	907
5.2.3.2	Sachübernahme	908
5.2.4	Sacheinlage, verdeckte	908
5.2.4.1	Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage	908
5.2.4.2	Rechtsfolgen	909
5.2.4.2.1	Rechtsfolgen vor Inkrafttreten des MoMiG bzw. für die Unternehmergesellschaft	910
5.2.4.2.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG (§ 19 Abs. 4 GmbHG)	911
5.2.4.2.3	Scheitern der Eintragung	912
5.2.4.2.4	Haftung des Steuerberaters bei Fehlberatung	913
5.2.5	Hin- und Herzahlen (§ 19 Abs. 5 GmbHG)	913
5.2.5.1	Vorliegen eines Hin- und Herzahlens	914
5.2.5.2	Gleichgestellte Dritte	914
5.2.5.3	Rechtsfolge	914
5.2.5.3.1	Sonderfall § 19 Abs. 5 GmbHG	915
5.2.5.3.2	Regelfall ohne Eingreifen von § 19 Abs. 5 GmbHG/ Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	916
5.2.6	Cash-Pool	916
5.2.7	Kapitalerhöhung	918
5.2.8	Vorratsgesellschaft/Mantelkauf	919
5.2.9	Verjährung/Verzinsung des Anspruchs auf die Einlage- leistung	921
5.2.9.1	Verjährung	921
5.2.9.2	Verzinsung (§ 20 GmbHG)	921
5.2.10	Folgen der Nichteinzahlung/Kaduzierung (§§ 21 ff. GmbHG)	921
5.2.10.1	Kaduzierung des Gesellschaftsanteils (§ 21 GmbHG)	921
5.2.10.1.1	Säumnis des Gesellschafters (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG) ..	921
5.2.10.1.2	Androhung der Kaduzierung (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG) ..	922
5.2.10.1.3	§ 21 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	922
5.2.10.1.4	§ 21 Abs. 1 Satz 3 GmbHG	922
5.2.10.1.5	Erklärung des Ausschlusses (§ 21 Abs. 2 GmbHG)	922
5.2.10.1.6	Folgen der Kaduzierung	922
5.2.10.2	Inanspruchnahme der Rechtsvorgänger (§ 22 GmbHG)	922
5.2.10.3	Verwertung des Anteils (§ 23 GmbHG)	923

5.2.10.4	Haftung des Ausgeschlossenen (§ 21 Abs. 3 GmbHG)	923
5.2.10.5	Ausfallhaftung der Mitgesellschafter (§ 24 Satz 1 GmbHG)	923
5.2.10.6	Keine Befreiung von den Rechtsfolgen der §§ 21 ff. GmbHG, § 25 GmbHG	924
5.2.11	Weiterer Ansprüche im Zusammenhang mit der Einlage- forderung	924
5.3	Kapitalerhaltung nach Eintragung der GmbH	924
5.3.1	Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG)	924
5.3.1.1	Unterbilanz	924
5.3.1.2	Überschuldung	925
5.3.1.3	Bedeutung der Gegenleistung	926
5.3.1.4	Auszahlung	926
5.3.1.5	Leistung an den Gesellschafter	926
5.3.1.6	Ausnahme Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen, § 30 Abs. 1 Satz 3 GmbHG n.F. – Änderungen durch das MoMiG	927
5.3.1.7	Beweislast	927
5.3.2	Rückerstattungsanspruch (§ 31 GmbHG)	927
5.3.2.1	Auszahlungsverbot (§ 30 Abs. 1 GmbHG)	927
5.3.2.2	Erstattungspflicht (§ 31 Abs. 1 GmbHG)	927
5.3.2.3	Anspruch der Gesellschaft	928
5.3.2.4	Gutgläubigkeit (§ 31 Abs. 2 GmbHG)	928
5.3.2.5	Sonderfälle	928
5.3.2.6	Verjährung – 10 Jahre ab Auszahlung (§ 31 Abs. 5 GmbHG)	929
5.3.2.7	Sonstiges	929
5.3.2.8	Haftung der Mitgesellschafter subsidiär (§ 31 Abs. 3 GmbHG)	929
5.3.2.9	Ansprüche gegen den Geschäftsführer	930
5.4	Eigenkapitalersatz (§§ 32a ff. GmbHG a.F.)	930
5.4.1	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG)	930
5.4.2	Rechtsslage vor Inkrafttreten des MoMiG	931
5.4.2.1	Geltungsbereich	932
5.4.2.2	Gesellschafterdarlehen	932
5.4.2.2.1	Darlehen – Stehenlassen eines Darlehens	932
5.4.2.2.2	Gesellschafter	933
5.4.2.3	Krise	934
5.4.2.3.1	Insolvenzrechtliche Krise	934
5.4.2.3.2	Kreditunwürdigkeit	934
5.4.2.4	Fortbestehen der Krise, ansonsten endet die Verstrickung . .	935
5.4.2.5	Kleingesellschafterprivileg/Sanierungsprivileg	935
5.4.2.6	Rechtsfolgen	935
5.4.2.6.1	Anspruch analog §§ 30, 31 GmbHG	935
5.4.2.6.2	Anspruch nach §§ 32a ff. GmbHG a.F. i.V.m. § 135 InsO a.F.	936
5.4.2.6.3	Sonstige Folgen	936
5.4.2.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten (§§ 32a Abs.2, 32b GmbHG a.F.)	937

5.4.2.7.1	Eigenkapitalersetzendes Darlehen	937
5.4.2.7.2	Bestellung einer Sicherheit für ein Drittdarlehen	937
5.4.2.7.3	Rechtsfolgen	937
5.4.3	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG	938
5.4.3.1	Kleingesellschafterprivileg	939
5.4.3.2	Sanierungsgesellschafter	939
5.4.3.3	Stehenlassen von Darlehen/Neugesellschafter/ ausgeschiedener Gesellschafter	939
5.4.3.4	Abtretung des Darlehens	939
5.4.3.5	Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung quasi abgeschafft	940
5.4.3.6	Rechtsfolgen	940
5.4.3.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten	940
5.4.3.8	Eigenkapitalersatz von Geschäftsführergehältern	941
5.5	Handelndenhaftung vor Eintragung im Handelsregister	942
5.5.1	Einleitung	942
5.5.2	Vorgründungsgesellschaft	942
5.5.3	Vor-GmbH	943
5.5.4	Haftung des Geschäftsführers gemäß § 11 Abs. 2 GmbHG bei Handeln für die spätere GmbH oder Vor-GmbH	943
5.5.4.1	Handelnder	943
5.5.4.2	Im Namen der Gesellschaft	944
5.5.4.3	Geltendmachung in der Insolvenz	944
5.5.4.4	Ende des Anspruchs	944
5.5.4.5	Ersatzansprüche des organschaftlichen Vertreters	944
5.5.5	Gründerhaftung – Ansprüche der Gesellschaft aus Innenhaftung	945
5.5.5.1	Vorbelastungshaftung analog §§ 9, 19 GmbHG – Kapital- aufbringung	945
5.5.5.1.1	Eintragung ins Handelsregister	945
5.5.5.1.2	Anwendbarkeit von §§ 19 ff. GmbHG	945
5.5.5.1.3	Haftungsumfang	946
5.5.5.1.4	Beweislast	946
5.5.5.1.5	Verjährung	946
5.5.5.1.6	Geschäftsführerhaftung	947
5.5.5.1.7	Vor-Aktiengesellschaft	947
5.5.5.2	Verlustdeckungshaftung bei Nichteintragung der GmbH	947
5.5.5.2.1	Vermögenslosigkeit der Vor-GmbH	947
5.5.5.2.2	Fehlender Geschäftsführer/nur ein Gläubiger	947
5.5.5.2.3	Einpersonen-Vor-GmbH	948
5.5.5.3	Aufgabe der Gründungsabsicht	948
5.5.5.4	Auswirkungen des MoMiG auf die Vor-GmbH	948
5.5.6	Haftung der Gründungsgesellschafter gegenüber Gläubigern im Außenverhältnis	949
5.5.7	Haftung des organschaftlichen Vertreters nach § 64 Satz 1 GmbHG	949
5.6	Haftung bei Gründung einer Aktiengesellschaft (§ 46 AktG)	949
5.6.1	Verantwortlichkeit für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben (§ 46 Abs. 1 Satz 1 AktG)	949

5.6.2	Verantwortlichkeit für die Eignung der das Geld entgegennehmenden Stelle (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 1. HS AktG)	949
5.6.3	Verantwortlichkeit für die freie Verfügbarkeit der Einlagen (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 2. HS AktG)	950
5.6.4	Haftung für die Einlagen, Sachübernahmen und Gründungsaufwand (§ 46 Abs. 2 AktG)	950
5.6.5	Haftung für Mitgesellschafter (§ 46 Abs. 4 AktG)	950
5.6.6	Haftungsausschluss (§ 46 Abs. 3 AktG)	950
5.6.7	Haftung der tatsächlich an der Gesellschaft wirtschaftlich Beteiligten (§ 46 Abs. 5 AktG)	950
5.6.8	Haftung Dritter (§ 47 AktG)	950
5.6.9	Verjährung (§ 51 AktG)	950
5.7	Existenzvernichtungshaftung nach Eintragung der GmbH (§ 826 BGB)	950
5.7.1	Voraussetzungen	951
5.7.1.1	Eingriff	951
5.7.1.2	Existenzvernichtend	951
5.7.1.3	Zumindest Eventualvorsatz	952
5.7.1.4	Anspruchsgegner	952
5.7.1.5	Mittelbare Gesellschafter	952
5.7.1.6	Umfang des Anspruchs	952
5.7.1.7	Verjährung	952
5.7.1.8	Geltendmachung durch den Insolvenzverwalter	952
5.7.2	Fälle	953
5.7.3	Gleichzeitige Verletzung von § 266 Abs. 1 StGB (Untreue)	953
5.8	Innenhaftung des Geschäftsführers	953
5.8.1	Innenhaftung des Geschäftsführers (§ 43 GmbHG)	953
5.8.1.1	Sorgfaltsmaßstab	954
5.8.1.2	Weisungsgebundenheit (§ 37 Abs. 1 GmbHG)	954
5.8.1.3	Weisungsunabhängige Haftung	955
5.8.1.4	Entlastung/Vergleich	955
5.8.1.5	Mehrere Geschäftsführer/Delegation	955
5.8.1.6	Beweislast	956
5.8.1.7	Verjährung	956
5.8.2	Haftung des Geschäftsführers nach § 64 Satz 1 GmbHG/ § 130 a Abs. 2 HGB	957
5.8.2.1	Einleitung	957
5.8.2.1.1	Anspruchsinhaber	958
5.8.2.1.2	Anspruchsgegner	958
5.8.2.2	Insolvenzreife	958
5.8.2.3	Kenntnis von der Insolvenzreife	959
5.8.2.4	Zahlungen	959
5.8.2.4.1	Zahlung von einem Bankkonto	961
5.8.2.4.2	Zahlung auf ein Bankkonto	961
5.8.2.5	Sorgfaltspflichtverletzung	961
5.8.2.6	Zahlungen an Gesellschafter nach § 64 Satz 3 GmbHG	963
5.8.2.7	Verschulden	963
5.8.2.8	Umfang des Ersatzanspruchs	964
5.8.2.9	Verjährung	964

5.8.3	Haftung des Vorstands einer AG wegen Sorgfaltspflichtverletzung (§ 93 AktG)	964
5.8.4	Haftung des Vorstands einer AG wegen Zahlungen nach Insolvenzreife (§ 93 Abs. 2 Satz 1 AktG)	965
5.8.5	Exkurs: Inanspruchnahme des Steuerberaters	965
5.8.6	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. sonstigen Schutzgesetzen	966
5.9	Außenhaftung des Geschäftsführers	966
5.9.1	Haftung wegen Insolvenzverschleppung (§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 15 a InsO)	966
5.9.1.1	Antragsgegner	966
5.9.1.2	Insolvenzreife	966
5.9.1.3	Unterlassener Insolvenzantrag	967
5.9.1.4	Verschulden	967
5.9.1.5	Anspruchsinhaber	967
5.9.1.6	Schaden	968
5.9.1.6.1	Neugläubiger	968
5.9.1.6.2	Altgläubiger	968
5.9.2	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 sowie einem Schutzgesetz (StGB)	968
5.9.3	Haftung nach § 826 BGB	969
6.	<i>Folgen für die Gesellschaft nach Beendigung der Insolvenz</i>	969
Kapitel 3	Strafrecht und Strafverfahrensrecht (Martini)	970
1.	<i>Vorbemerkung</i>	970
2.	<i>Strafrecht Allgemeiner Teil</i>	971
2.1	Grundlagen der Strafbarkeit	971
2.1.1	Handlung	971
2.1.2	Gesetzlichkeitsprinzip	972
2.1.3	Bestimmtheitsgrundsatz	973
2.1.4	Rückwirkungs- und Analogieverbot	973
2.1.5	Täterschaft und Teilnahme	974
2.1.6	Vorsatz, Fahrlässigkeit und Schuld	975
2.2	Rechtsfolgen der Tat	976
2.2.1	Strafen	976
2.2.2	Maßnahmen	977
2.2.3	Nebenfolgen	978
3.	<i>Grundfragen des Strafverfahrensrechts</i>	978
3.1	Quellen des Strafverfahrensrechts	978
3.2	Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen	978
3.3	Abschluss strafrechtlicher Ermittlungen	978
3.4	Ergebnis strafrechtlicher Ermittlungen	979
3.5	Besondere Verfahrensarten	979
3.5.1	Strafbefehlsverfahren (§§ 407 ff. StPO)	979
3.5.2	Beschleunigtes Verfahren (§§ 417 ff. StPO)	980
3.6	Rechtsbehelfe	980
3.7	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren	981
4.	<i>Ausgewählte Straftatbestände</i>	981
4.1	Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4, 5 InsO)	981
4.1.1	Allgemeines	981

4.1.2	Täterkreis	982
4.1.3	Objektiver Tatbestand	983
4.1.4	Subjektiver Tatbestand	983
4.1.5	Rechtswidrigkeit und Schuld	984
4.1.6	Täterschaft und Teilnahme	984
4.2	Bankrott (§§ 283 StGB)	984
4.2.1	Allgemeines	984
4.2.2	Täterkreis	985
4.2.3	Objektiver Tatbestand	985
4.2.3.1	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	985
4.2.3.2	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	986
4.2.3.3	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	987
4.2.3.4	§ 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	987
4.2.3.5	§ 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB	987
4.2.3.6	§ 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB	988
4.2.3.7	§ 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB	988
4.2.3.8	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	988
4.2.3.9	§ 283 Abs. 2 StGB	989
4.2.4	Subjektiver Tatbestand	989
4.2.5	Besonders schwerer Fall des Bankrotts	989
4.3	Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	989
4.4	Gläubigerbegünstigung (§ 283 c StGB)	990
4.4.1	Allgemeines	990
4.4.2	Täterkreis	990
4.4.3	Objektiver Tatbestand	990
4.4.4	Subjektiver Tatbestand	991
4.4.5	Täterschaft und Teilnahme	991
4.5	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	991
4.5.1	Allgemeines	991
4.5.2	Täterkreis	991
4.5.3	Objektiver Tatbestand	991
4.5.4	Subjektiver Tatbestand	992
4.5.5	Besonders schwerer Fall der Schuldnerbegünstigung	992
4.6	Betrug (§ 263 StGB)	992
4.6.1	Allgemeines	992
4.6.2	Täterkreis	993
4.6.3	Objektiver Tatbestand	993
4.6.4	Subjektiver Tatbestand	995
4.6.5	Besonders schwerer Fall des Betrugs	995
4.7	Kreditbetrug (§ 265b StGB)	995
4.7.1	Allgemeines	995
4.7.2	Täterkreis	996
4.7.3	Objektiver Tatbestand	996
4.7.4	Subjektiver Tatbestand	996
4.7.5	Täterschaft und Teilnahme	997
4.8	Untreue (§ 266 StGB)	997
4.8.1	Allgemeines	997
4.8.2	Objektiver Tatbestand	997
4.8.2.1	Missbrauchstatbestand	998
4.8.2.2	Treuebruchtstatbestand	998

4.8.3	Subjektiver Tatbestand	999
4.8.4	Täterschaft und Teilnahme	999
4.8.5	Besonders schwerer Fall der Untreue	999
4.9	Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266 a StGB)	999
4.9.1	Allgemeines	999
4.9.2	Täterkreis	1000
4.9.3	Objektiver Tatbestand	1000
4.9.3.1	Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen (§ 266 a Abs. 1 StGB)	1000
4.9.3.2	Vorenthalten von Arbeitgeberbeiträgen (§ 266 a Abs. 2 StGB)	1000
4.9.3.3	Einbehalten sonstiger Lohnbestandteile (§ 266 a Abs. 3 StGB)	1001
4.9.4	Subjektiver Tatbestand	1001
4.9.5	Täterschaft und Teilnahme	1001
4.9.6	Besonders schwerer Fall	1001
4.9.7	Strafausschließung	1001
4.10	Pfandkehr (§ 289 StGB)	1002
4.11	Verstrickungsbruch (§ 136 Abs. 1 StGB)	1002
4.12	Falsche Versicherung an Eides statt (§ 156 StGB)	1002
4.13	Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1003
4.13.1	Allgemeines	1003
4.13.2	Objektiver Tatbestand	1003
4.13.3	Subjektiver Tatbestand	1004
4.13.4	Besonders schwerer Fall	1004
4.14	Weitere Straftatbestände	1004
5.	<i>Strafrechtliche Risiken von Verfahrensbeteiligten</i>	1005
5.1	Allgemeines	1005
5.2	Insolvenzverwalter	1005
5.2.1	Allgemeine Schädigungsverbote	1005
5.2.2	Spezifische insolvenzrechtliche Pflichten	1006
5.2.3	Weitere strafrechtliche Risiken	1006
5.3	Kreditinstitute	1006
5.4	Sanierungs- und Steuerberater	1006
5.5	Firmenbestatter	1007

Teil 7

Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten		
<i>(Schmid)</i>		1009
1.	<i>Vorbemerkung und Abgrenzung</i>	1011
2.	<i>Das Steuerberatungsmandat im Vorfeld der Krise</i>	1011
2.1	Pflichten des Steuerberaters vs. berufsrechtliche Grenzen	1011
2.1.1	Im Vollmandat	1011
2.1.2	Spezialmandat Sanierungsberatung	1014
2.2	Honorarvereinbarung und Honorarsicherung	1016
2.2.1	Honorarvereinbarung	1016
2.2.2	Honorarsicherung	1017

3.	<i>Das Steuerberatermandat nach eingetretener Insolvenz</i>	1019
3.1	Einführung	1019
3.2	Mandatsbeendigung	1019
3.3	Mandatserteilung durch den Insolvenzverwalter	1020
3.4	Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters	1021
3.5	Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters im eröffneten Insolvenzverfahren	1023

Teil 8
Sonderaspekte 1027

Kapitel 1	Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren <i>(Kallies)</i>	1029
1.	<i>Einleitung</i>	1029
2.	<i>Rechtsmacht zum Verkauf</i>	1032
2.1	Verkauf durch den Insolvenzverwalter	1032
2.2	Verkauf durch den vorläufigen Insolvenzverwalter (Sequester)	1033
2.3	Verkauf durch den Treuhänder (Verbraucherinsolvenz- verfahren)	1035
2.4	Auswirkungen des § 160 InsO	1035
2.5	Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungsverfahren . .	1037
3.	<i>Angaben zum Kaufgegenstand und seiner Beschaffenheit</i> . .	1037
4.	<i>Kaufpreis und Umsatzsteuer</i>	1038
5.	<i>Kaufpreisfälligkeitvoraussetzungen</i>	1039
5.1	Vertragswirksamkeit	1039
5.2	Eigentumsvormerkung und § 878 BGB	1040
5.3	Vorkaufsrechte	1041
5.4	Heimfall nach ErbbauRG	1042
5.5	Sicherung der Lastenfreiheit im Grundbuch	1043
5.6	Genehmigungen und Zustimmungserfordernisse	1043
6.	<i>Abstimmungen mit Grundpfandgläubigern beim Verkauf</i> . .	1044
6.1	Aus dem Kaufpreis ablösbare Belastungen	1044
6.2	Den Kaufpreis übersteigende Belastungen, Masse- beteiligung, Haftungsfreistellung	1044
6.2.1	Massebeteiligung	1045
6.2.2	Haftungsfreistellung	1045
6.3	Anspruch auf Löschung nachrangiger Grundpfandrechte . .	1045
7.	<i>Haftung für Rechts- und Sachmängel</i>	1046
7.1	Abgrenzung zu Beschaffenheitsangaben	1046
7.2	Verbraucher oder Unternehmer im Sinne des Gesetzes . . .	1046
7.3	Keine Privilegierung bei Haftungsausschlüssen	1047
7.4	Keine Zurechnung von Gemeinschaftsdnerwissen	1047
7.5	Haftung für öffentliche Lasten	1047
7.6	Haftung der Insolvenzmasse und des Verwalters	1048
8.	<i>Regelungen zur Übergabe des Kaufgegenstandes</i>	1050
8.1	Harmonisierung mit Aufhebung der Zwangsverwaltung . . .	1050
8.2	Übergang von Miet- und Pachtverträgen	1050
8.3	Sonderkündigungsrechte	1050

8.4	Überleitung von Mietsicherheiten	1051
8.5	Wohngeldrückstände	1052
9.	<i>Vollmachten in Kaufverträgen</i>	1054
Kapitel 2	Grundzüge des internationalen Insolvenzrechts (Lindner) ..	1055
1.	<i>Grundlagen</i>	1055
1.1	Einführung	1055
1.2	Geschichte	1055
1.3	Systematik	1056
1.4	Verfahrensarten	1057
2.	<i>Insolvenzrecht in Europa</i>	1057
2.1	Einführung	1057
2.2	AEUV	1058
2.3	Die EG-Verordnung über das Insolvenzverfahren (EuInsVO)	1058
2.3.1	Hintergrund	1058
2.3.2	Anwendungsbereich	1059
2.3.3	Zuständigkeit für die Eröffnung eines Hauptinsolvenz- verfahrens	1059
2.3.3.1	Center of main interest (COMI)	1059
2.3.3.1.1	Natürliche Personen	1060
2.3.3.1.2	Juristische Personen und Gesellschaften	1060
2.3.3.2	Konzerninsolvenzen	1061
2.3.3.3	Beurteilungszeitpunkt	1062
2.3.3.4	Ungerechtfertigte Inanspruchnahme der internationalen Zuständigkeit	1062
2.3.4	Die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens und dessen Wirkungen	1063
2.3.5	Verwalterbefugnisse	1064
2.3.6	Die Eröffnung eines Sekundär- oder Partikularinsolvenz- verfahrens und dessen Wirkung	1064
2.3.7	Verhältnis zum nationalen Recht	1065
3.	<i>Deutsches internationales Insolvenzrecht</i>	1066
3.1	Hintergrund	1066
3.2	Anwendungsbereich	1066
3.3	Zuständigkeit für die Eröffnung eines Hauptinsolvenz- verfahrens	1067
3.4	Die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens und dessen Auswirkungen	1067
3.5	Die Eröffnung eines Partikularinsolvenzverfahrens und dessen Auswirkungen	1068
3.6	Sekundärinsolvenzverfahren	1068
3.7	Synopse zwischen InsO und EuInsVO	1069
4.	<i>Internationales Insolvenzrecht</i>	1069
4.1	Model International Insolvency Cooperation Act (MIICA) ...	1069
4.2	United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)	1070

Teil 9

**Der Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)
– berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte
(Pestke)**

		1071
1.	<i>Einführung</i>	1073
2.	<i>Besondere Ausgestaltung des Fachberaters</i>	1074
3.	<i>Einsatzgebiete des Fachberaters</i>	1076
3.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1076
3.2	Risikomanagement-Beratung	1076
3.3	Krisenberatung	1077
3.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1077
3.5	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der insolvenzrecht- lichen Sanierung	1078
3.5.1	Insolvenzeröffnungsverfahren	1078
3.5.2	Insolvenzverfahren	1079
3.5.3	Aufgaben des Insolvenzverwalters allgemein	1079
3.6	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der Abwicklung	1080
3.7	Mitwirkung in Gläubigerausschüssen	1080
4.	<i>Berufsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i> . . .	1081
4.1	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem StBerG	1081
4.1.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1081
4.1.2	Risikomanagement-Beratung	1081
4.1.3	Krisenberatung	1081
4.1.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1081
4.1.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1081
4.1.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1081
4.2	Vergütung der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten	1081
4.2.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1081
4.2.2	Risikomanagement-Beratung	1081
4.2.3	Krisenberatung	1082
4.2.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1082
4.2.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1083
4.2.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1083
4.3	Werbemöglichkeiten für die vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten	1083
4.4	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem RDG	1084
4.4.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1084
4.4.2	Risikomanagement-Beratung	1084
4.4.3	Krisenberatung	1084
4.4.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1085
4.4.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1086
4.4.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1086
4.5	Umschlagen einer Insolvenzverwaltertätigkeit in eine (unzulässige) gewerbliche Tätigkeit des Steuerberaters?	1086
4.5.1	Gewerblichkeit durch die Gestaltung der Kanzlei	1087

4.5.2	Gewerblichkeit durch die Verwaltung gewerblicher Mandantenunternehmen	1087
4.6	Interessenkollisionen oder widerstreitende Interessen?	1087
5.	<i>Haftungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1088
5.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1088
5.2	Risikomanagement-Beratung	1088
5.3	Krisenberatung	1089
5.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1089
5.5	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1089
5.5.1	Zivilrechtliche Haftung	1089
5.5.2	Haftung nach Steuerrecht	1090
5.6	Haftungsverschärfung bei Fachberatern für Sanierung und Insolvenzberatung in den vorgenannten Gebieten?	1090
6.	<i>Versicherungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1090
6.1	Versicherungsschutz für vereinbare Tätigkeiten allgemein	1090
6.2	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1091
6.3	Risikomanagement-Beratung	1091
6.4	Krisenberatung	1092
6.5	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1092
6.6	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1092
7.	<i>Tätigkeit des Fachberaters in Gläubigerausschüssen</i>	1093
7.1	Allgemein	1093
7.2	Vereinbare Tätigkeit	1094
7.3	Vergütungsmodalitäten	1094
7.4	Frage der Rechtsberatung	1094
7.5	Haftungsrisiken	1095
7.6	Versicherungsschutz	1095
8.	<i>Tätigkeit des Fachberaters als Insolvenzverwalter</i>	1096
8.1	Rechtsgrundlagen der Bestellung zum Insolvenzverwalter	1096
8.2	Aufnahme des Fachberaters in Vorauswahllisten	1097
8.3	Auswahl des Fachberaters als Insolvenzverwalter durch das Insolvenzgericht	1097
8.4	Auswahl des Fachberaters durch die Gläubigerversammlung	1098
8.5	Weitere Einsatzmöglichkeiten	1099
8.6	Spätere Reformen	1100
9.	<i>Zukunft des Fachberaters</i>	1100
	Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2	1101
	Literaturverzeichnis	1111
	Stichwortverzeichnis	1123

Verzeichnis der Autoren

Prof. Rolf Rattunde

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht in Berlin, Insolvenzverwalter, Honorarprofessor für Insolvenzrecht an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin

Katrin Amberger

Rechtsanwältin und Zwangsverwalterin in Berlin

Stephanie Bschorr

Rechtsanwältin und Steuerberaterin in Berlin

Marc Fritze, M.A.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Berlin, Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter der Universität Heidelberg

Dr. Peter Gramsch

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Kiel

Alexandra Hermanns

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Insolvenzrecht in Berlin; Insolvenzverwalterin

Jan Kallies

Rechtsanwalt und Notar in Berlin

Martin Lambrecht

Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt, Rechtsanwalt in Düsseldorf, Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter für Insolvenzrecht der Hagen Law School

Olga Lindner

Rechtsanwältin in Berlin

Torsten Martini

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht in Berlin, Insolvenzverwalter, Lehrbeauftragter der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Lehrbeauftragter für Insolvenzrecht der Hagen Law School

Prof. Dr. Axel Pestke

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V., Berlin

Prof. Dr. Frank Reinhardt*

Steuerberater und vereidigter Buchprüfer in Isernhagen

Valentin Schmid

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Berlin

Prof. Dr. Stefan Smid

Universitätsprofessor in Kiel

Dirk Streuber

Rechtsanwalt in Halle/Saale

Dr. Silke Wehdeking

Insolvenzverwalterin in Kiel

Thomas Witt

Rechtsanwalt in Berlin

Katharina Wagener

Wissenschaftliche Mitarbeiterin in Berlin

* Der Autor ist Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.).